



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 2

Februar 1973

Grafik des Monats: Studienabsicht und Studienwirklichkeit

Aufsätze: Bundestagswahl 1972 (Teil 2)
Ausländer
Regionale Lohnunterschiede
Schweinehaltung

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1971	1972	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Juli bis November ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	163	168	+	3
Beschäftigte	1 000	191	188	-	2
Umsatz ³	Mill. DM	1 221	1 320	+	8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	23	22	-	3
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,6	8,9	-	7
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	3 121	2 746	-	12
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	241,4	283,6	+	17
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	182,0	214,8	+	18
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 406	7 345	-	1
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	104,6	107,2	+	2
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	105,5	110,1	+	4
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	113,1	116,9	+	3
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	102,1	115,8	+	13
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	131,7	139,8	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	123,5	132,4	+	7
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	3 941	4 365	+	11
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	13 722	15 233	+	11
Spareinlagen	Mill. DM	6 071	6 889	+	13
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer ⁸	Mill. DM	82	94	+	14
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	28	39	+	36
Lohnsteuer	Mill. DM	124	134	+	9
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	178	201	+	13

1) bei "Geld und Kredit": Juni bis Oktober 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite
8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 2

Februar 1973

Aktuelle Auslese



**Knapp 10 000 Studenten
an der Universität Kiel**

Im Wintersemester 1972/73 stieg die Zahl der Studenten an der Christian-Albrechts-Universität einschließlich der Medizinischen Akademie Lübeck auf 9 926 Studenten, wobei die Beurlaubten und die Nebenhörer einbezogen sind. Gegenüber dem Sommersemester 1972 hat die Studentenzahl um 6 % zugenommen. Vergleicht man hiermit die entsprechende Zunahme vor einem Jahr, nämlich den Zuwachs Wintersemester 1971/72 gegenüber Sommersemester 1971 (+ 11 %), so fällt auf, daß die Zuwachsrate abgenommen hat. Diese Entwicklung kann durch den zum Wintersemester 1972/73 verstärkt eingeführten Numerus clausus erklärt werden. Unter den 9 926 Studenten waren 719 (7 %) Ausländer.



**Fast 18 000 Straßenverkehrsunfälle
mit Personenschaden**

Im Laufe des Jahres 1972 ereigneten sich in Schleswig-Holstein 17 982 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Bei diesen Unfällen wurden 846 Personen getötet und 24 204 verletzt. Die Zahl der Unfälle, bei denen Personen verunglückten, hat gegenüber 1971 um 4 % zugenommen. Diese Zunahme liegt über der von 1971 (+ 2 %), jedoch unter der von 1970 (+ 11 %). Trotz der Zunahme der Unfälle um 4 % ist die Zahl der tödlich verunglückten Personen um 8 % zurückgegangen. Auch die Zunahme der verletzten Personen (+ 2 %) liegt unter der Zunahme der Unfälle. Die Zahl der Verunglückten je Unfall ist damit kleiner geworden.



Steueraufkommen um 16 % gestiegen

Im Jahre 1972 sind in Schleswig-Holstein über 5,1 Mrd. DM an staatlichen Steueraufkommen. Das sind 710,4 Mill. DM oder 16,1 % mehr als 1971. Diese günstige Entwicklung ist vor allem auf die Steuern vom Einkommen zurückzuführen. Während die veranlagte Einkommensteuer um 27,9 % auf 702,7 Mill. DM stieg, erreichte die Lohnsteuer ein Volumen von 1,6 Mrd. DM und erbrachte damit eine Mehreinnahme von 17,6 %. Die Steuern vom Umsatz erreichten erstmalig die Milliarden-Grenze.

Die Steuereinnahmen des Landes machten 2,4 Mrd. DM aus und erhöhten sich um 15,2 %.



**Der Bestand an Baugeräten
hat weiter zugenommen**

Nach den Ergebnissen der letzten Totalerhebung im Bauhauptgewerbe am 30. 6. 1972 hat der Bestand an wichtigen Baugeräten erneut zugenommen. Durch den Einsatz von Baugeräten und -maschinen wird das Bauhauptgewerbe bei gleichbleibendem Beschäftigtenstand immer leistungsfähiger.

	1971	1972	Zunahme in %
	Mill. DM		
Steueraufkommen zusammen	4 420	5 131	16,1
darunter Steuern vom Einkommen	2 060	2 456	19,3
Steuern vom Umsatz	967	1 119	15,7
Steuereinnahmen des Landes	2 096	2 415	15,2

	Bestand am 30. 6. 1972	Zunahme gegenüber dem 30. 6. 1971
Lastkraftwagen	4 922	382
Betonmischer	6 407	296
Förderbänder	1 528	58
Straßenwalzen	783	12
Bauaufzüge	2 179	23
Turmdrehkrane	868	156
Kompressoren	1 072	121
Schütter	571	38
Stahlrohrgerüste (in Tonnen)	7 720	2 114

Die Bundestagswahl 1972 in Schleswig-Holstein

Teil 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

In Schleswig-Holstein werden seit der Bundestagswahl 1953 bei allen Bundes- und Landtagswahlen sowie seit 1970 auch bei Kreiswahlen Stichprobenerhebungen über das Wahlverhalten der Wahlberechtigten durchgeführt. Die Stichprobe wird nach einem bestimmten Verfahren¹ so ausgewählt, daß sie als repräsentativ für alle Wahlberechtigten und Wähler gelten kann. Die Stichprobe umfaßt 93 der 2 686 schleswig-holsteinischen Wahlbezirke und damit 73 000 oder 4% der 1,8 Millionen Wahlberechtigten. Um das Wahlgeheimnis nicht zu gefährden, werden die Briefwähler nicht einbezogen. Sämtliche Ergebnisse können daher nur mit dem Landesergebnis ohne Briefwähler verglichen werden. Das beeinträchtigt die Aussagen aber nicht wesentlich, da die Briefwähler mit steigender Anzahl nicht mehr so abweichend ihre Stimme abgeben wie bei vorangegangenen Wahlen.

Die Stichprobe wurde in Schleswig-Holstein, wie bei den vorangegangenen Wahlen, für zwei Zwecke verwendet. Einmal wurde in der Wahlnacht das Landesergebnis weit vor dem Endergebnis errechnet und zum anderen nach dem Wahltag das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht untersucht.

Berechnungen in der Wahlnacht

Das Landes-Endergebnis aus den Ergebnissen der Stichprobenwahlbezirke frühzeitig zu berechnen war bei den vorangegangenen Wahlen so gut gelungen, daß es auch für die Bundestagswahl 1972 vorgesehen wurde. Da diese Berechnungen nur sinnvoll sind, wenn sie weit vor dem Endergebnis abgeschlossen werden können, wurden die Gemeinden ausführlich über das anzuwendende Auszählungs- und Meldeverfahren unterrichtet. Die Gemeinden hatten danach das Zweitstimmenergebnis der sogenannten ersten Auszählung, d. h. ohne Klärung von Zweifelsfällen und Abstimmung mit den Erststimmen, unmittelbar an die Landeswahlzentrale zu melden. So war es möglich, das Endergebnis der Repräsentation schon kurz nach 20 Uhr zu veröffentlichen. Zu diesem Zeitpunkt lag noch kein Wahlkreis-zwischenergebnis vor. Das Landesendergebnis konnte gegen Mitternacht, also erst fast 4 Stunden später bekanntgegeben werden. Wie

¹) Es handelt sich um den sogenannten Deming-Plan, der vom Statistischen Bundesamt im Stat. Bericht "Bevölkerung und Kultur" Reihe 8, Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, Heft 3, S. 4 ff. näher beschrieben wird

die Übersicht zeigt, stimmte das Repräsentationsergebnis ziemlich gut mit dem Landesendergebnis überein. Demgegenüber wich selbst noch das letzte Landeszwischenergebnis mit Endergebnissen aus 9 Wahlkreisen nicht unerheblich vom Landesendergebnis ab.

Ergebnisse in der Wahlnacht

Ergebnis (Anteil der Wahlberechtigten, die dem jeweiligen Ergebnis zugrunde liegen)	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfallen auf			
		CDU	SPD	FDP	Übrige
		in %			
2. Verhältnisschätzung 19.20 Uhr (1,1 %)	etwa 90	etwa 44	etwa 48	um 7	.
4. Verhältnisschätzung 19.55 Uhr (2,7 %)	90	knapp 43	reichlich 48	reichlich 7	.
Repräsentation 20.10 Uhr (3,5 %)	90,0	42,5	48,2	8,2	0,9
Landeszwischenergebnis 22.20 Uhr (55,4 %)	90,7	41,3	49,4	8,5	0,8
Landeszwischenergebnis 23.10 Uhr (76,7 %)	90,6	41,5	49,4	8,3	0,8
Vorläufiges Endergebnis 23.48 Uhr (100 %)	90,3	42,0	48,6	8,6	0,8
Endergebnis	90,5	42,0	48,6	8,6	0,8

Um einen etwaigen Trend noch frühzeitiger aufzeigen zu können, wurden bei dieser Wahl erstmals anhand der Stichprobenergebnisse Verhältnisse geschätzt. Die erste Trendmeldung wurde gegen 19 Uhr bekanntgegeben. Ihr lagen 25 Wahlbezirke zu Grunde. Es wurde folgende Aussage gemacht: Wahlbeteiligung bei 90%; im Vergleich zu 1969 Verluste für die CDU, stärkere Gewinne der SPD, FDP über 5%, NPD stark abfallend. Die danach folgenden Verhältnisschätzungen sind in der vorstehenden Übersicht enthalten. Aus diesem Versuch kann man das Fazit ziehen, daß es durchaus möglich ist, mit wenigen Wahlbezirksergebnissen Tendenzen aufzuzeigen.

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Der ursprüngliche Zweck der Stichprobe ist es jedoch, die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Altersgruppen und den Geschlechtern zu erfassen. Die Wahlbeteiligung wird anhand der Wählerverzeichnisse festgestellt. Die ausgewählten Wahlbezirke hatten nach den Wählerverzeichnissen Listen anzufertigen, aus denen die Zahlen der Wahlberechtigten, unter-

schieden nach solchen mit und ohne Wahlscheinvermerk, der Wähler und der Nichtwähler nach zehn Altersgruppen hervorgingen. Zu den bisher erfaßten neun Altersgruppen wurden die erstmals bei einer Bundestagswahl wahlberechtigten 18- bis 20jährigen als zehnte Altersgruppe hinzugefügt.

Um die Stimmabgabe ebenfalls nach Alter und Geschlecht unterscheiden zu können, mußten die Stimmzettel besonders gekennzeichnet werden. Die Wähler in den Auswahbezirken erhielten Stimmzettel mit einem Aufdruck, der einen Schlüsselbuchstaben, die Kennzeichnung Mann/Frau und die verschiedenen Geburtsjahrguppen enthielt. Mit Hilfe dieser Merkmale wurden die Stimmzettel nach fünf Geburtsjahrguppen und dem Geschlecht ausgezählt. Wegen der erstmals bei einer Bundestagswahl wahlberechtigten 18- bis 20jährigen mußten die Altersgruppen neu eingeteilt werden, denn diese Gruppe ist zu klein, um sie ohne Gefährdung des Wahlheimnisses gesondert zu erheben. Ausgehend von der schon für die Landtagswahl 1971 getroffenen Gruppeneinteilung wurde, um über die jungen Wähler eine Aussage machen zu können, die bisherige Gruppe 21 bis 29 Jahre nicht auf 18 bis 29 Jahre erweitert, sondern eine neue Gruppe 18 bis 24 Jahre gebildet und die bisherige Gruppe in 25 bis 34 Jahre geändert. Die bisherige Altersgruppe 30 bis 44 Jahre mußte folglich in 35 bis 44 Jahre geändert werden. Es blieben also nur die beiden obersten Gruppen 45 bis 59 Jahre und 60 Jahre und älter unverändert. Ein Vergleich mit vorangegangenen Wahlen ist deshalb bei den jüngeren Jahrgängen nicht möglich.

Die nachstehende Übersicht zeigt, daß das Ergebnis des repräsentativen Querschnitts ziemlich genau mit dem Landesergebnis ohne Briefwahl übereinstimmt.

	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfallen auf					
	CDU	SPD	FDP	DKP	EFP	NPD
Stichprobe	41,6	49,2	8,3	0,2	0,1	0,6
Landesergebnis (ohne Briefwahl)	41,9	49,0	8,3	0,2	0,1	0,5

Wahlbeteiligung

Die Beteiligung an der Bundestagswahl 1972 war die bisher höchste an einer Wahl in Schleswig-Holstein nach dem 2. Weltkrieg. Nach dem Stichprobenergebnis gingen am 19. November 90,2% der Schleswig-Holsteiner zur Wahlurne. Damit blieb nur jeder Zehnte der Wahl fern. Bei der Wahl im Jahre 1969

ist es noch jeder Siebte gewesen. Anders als bei früheren Wahlen ist das Wahlinteresse bei Männern (90,4%) und Frauen (90,1%) fast gleich groß. Bei allgemein gestiegener Wahlbeteiligung (von 85,2% auf 90,2%) hat sich nämlich die Quote der Frauen kräftiger erhöht (von 84,6% auf 90,1%) als die der Männer (von 85,9% auf 90,4%). Trotzdem ist unter den Nichtwählern der Anteil der Frauen wegen ihres hohen Anteils an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten weiterhin höher als der der Männer (54,2% zu 45,8%).

Das Wahlinteresse steigt wie bisher mit wachsendem Alter. Die jüngeren Wahlberechtigten zeigten wiederum das geringste Interesse an der Wahl. Dabei fällt besonders auf, daß die erstmals bei einer Bundestagswahl wahlberechtigten 18- bis 20jährigen häufiger zur Wahlurne gingen, als die 21- bis 24jährigen; damit setzt sich fort, was schon bei der Landtagswahl 1971 beobachtet werden konnte. Am höchsten ist die Wahlbeteiligung in den Jahrgängen zwischen 45 bis 70 Jahren. Obwohl sie bei den 70jährigen und älteren Wahlberechtigten deutlich abfällt, ist sie dort immer noch höher als bei den unter 30jährigen. Berücksichtigt man die Briefwähler, so wird der Abstand sogar noch größer, da die älteren Wahlberechtigten öfter von der Briefwahl Gebrauch machten als die jüngeren.

Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht in %

Altersgruppe	Insgesamt	Männer	Frauen
18 - 20	83,1	83,0	83,2
21 - 24	81,5	81,5	81,6
25 - 29	86,6	85,0	88,4
30 - 34	90,2	88,6	91,9
35 - 39	91,5	91,6	91,4
40 - 44	92,9	93,0	92,8
45 - 49	93,5	93,7	93,3
50 - 59	93,8	95,0	93,0
60 - 69	93,7	94,5	93,1
70 und älter	87,4	91,0	85,0
Insgesamt	90,2	90,4	90,1

Unterscheidet man die Wahlbeteiligung nach dem Geschlecht, so stehen die 21- bis 24jährigen Männer am Ende der Wahlbeteiligungsskala, gefolgt von den Frauen der gleichen Altersgruppe. In dieser Altersgruppe ist der Anteil der Nichtwähler fast doppelt so groß wie im jeweiligen Durchschnitt. An der Spitze stehen die 50- bis 59jährigen Männer und an zweiter Stelle die 60- bis 69jährigen Männer. Erst an vierter Stelle folgen die 45- bis 49jährigen Frauen. Die Wahlbeteiligung der Männer ist in den vier untersten Altersgruppen niedriger als die der Frauen. Am größten ist der Abstand zwischen den Geschlechtern bei den ältesten Wählern.

Ungültige Stimmen

Die Zahl der ungültigen Stimmen ist wiederum, wie bisher schon von Wahl zu Wahl, zurückgegangen. Nur noch 1% der Erststimmen und 0,6% der Zweitstimmen waren ungültig. Der jeweilige Anteil ist bei den Männern niedriger (0,7% und 0,5%) als bei den Frauen (1,2% und 0,6%). Am häufigsten mußten die Stimmen der über 59jährigen für ungültig erklärt werden. Überraschenderweise ist aber auch der Anteil der ungültigen Erststimmen bei den 18- bis 24jährigen recht hoch.

Eine Auswertung der Ungültigkeitsgründe ergab, daß wiederum die meisten Zweitstimmen deshalb als ungültig gezählt werden mußten, weil nur die Erststimme angekreuzt und die Zweitstimme leer oder durchgestrichen war. Bei diesen Wählern kann man annehmen, daß sie sich der Stimme enthalten wollten. Von den Wählern, die bei der Erststimme ein Kreuz und bei der Zweitstimme zwei Kreuze oder nur bei einer von beiden zwei Kreuze gemacht haben, läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß sie unbeabsichtigt ungültig gewählt haben. Das sind jedoch die wenigsten Wähler. Mit anderen Worten, es ist die Annahme berechtigt, daß die ungültigen Stimmen überwiegend Stimmenthaltungen darstellen.

Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Die Frauen und die jüngeren Jahrgänge gaben den Ausschlag für den Wahlsieg der SPD. Die Frauen haben nämlich erstmals häufiger der SPD ihre Stimme gegeben als der CDU, und das mit deutlichem Vorsprung. Von den gültigen Zweitstimmen der Frauen erhielt die SPD 48,9% gegenüber 41,7% bei der Bundestagswahl 1969 und die CDU 42,8% gegenüber 50,3%. Der Vorsprung der CDU von 8,6 Punkten hat sich also in einen der SPD von 6,1 Punkten umgewandelt. Noch größer ist der Wechsel bei den Erststimmen. Bei der letzten Bundestagswahl erhielt die SPD 42,5% der Erststimmen und jetzt 51,4% gegenüber 50,9% und 43,6% der CDU. Rechnet man die Anzahl der Stichprobenfälle auf die Totalzahl hoch, so erhielt die SPD von 821 000 gültigen Zweitstimmen der Frauen 401 000 und die CDU 351 000 und bei den Erststimmen lautet das Verhältnis 420 000 zu 356 000. Durch den höheren Frauenanteil an den Wählern ist auch der Anteil der Frauenstimmen der SPD höher als der der Männer. Von den 757 000 Zweitstimmen der SPD stellen die Frauen 401 000 oder 53%.

Die Männer, die schon 1969 häufiger für die SPD gestimmt haben, gaben auch dieses Mal

häufiger ihre Stimme der SPD. Von den gültigen Zweitstimmen der Männer erhielt die SPD fast die absolute Mehrheit, nämlich 49,7% gegenüber 46,3%. Die SPD hat also ihren Anteil um 3,4 Punkte ausbauen können. Demgegenüber ging der Anteil der CDU von 41,4% auf 40,2% zurück. Von den Erststimmen der Männer erhielt die SPD sogar 54,1% und die CDU 40,9%. In absoluten Zahlen ausgedrückt wählten 356 000 Männer mit ihrer Zweitstimme die SPD und 386 000 mit ihrer Erststimme. Die CDU kam auf 287 000 und 292 000.

Anteile der Parteien an den gültigen Zweitstimmen

Altersgruppe	Von den gültigen Zweitstimmen entfallen auf					
	CDU		SPD		FDP	
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%
Männer						
18 - 24	23	26,7	52	61,0	9	10,9
25 - 34	57	36,4	82	52,1	17	10,8
35 - 44	54	38,2	73	51,4	13	9,3
45 - 59	64	43,7	67	45,9	13	9,1
60 und älter	90	48,1	83	44,1	12	6,4
Zusammen	288	40,2	356	49,7	64	9,0
Frauen						
18 - 24	22	27,2	51	63,0	7	9,2
25 - 34	57	37,9	77	51,3	16	10,5
35 - 44	54	39,7	69	50,7	12	9,0
45 - 59	91	45,9	91	45,8	15	7,5
60 und älter	128	49,6	114	44,4	14	5,3
Zusammen	351	42,8	401	48,9	64	7,8
Männer und Frauen						
18 - 24	45	26,9	103	62,0	17	10,1
25 - 34	114	37,1	158	51,7	33	10,6
35 - 44	108	39,0	142	51,1	25	9,2
45 - 59	155	45,0	158	45,9	28	8,2
60 und älter	218	49,0	197	44,3	26	5,8
Insgesamt	639	41,6	757	49,2	128	8,3

Untersucht man die Stimmenabgabe nach Altersgruppen, so stellt man fest, daß die SPD in allen Altersgruppen unter 60 Jahre mehr Stimmen bekommen hat als die CDU. In den Altersgruppen bis 44 Jahre erhielt die SPD sowohl bei den Erststimmen als auch bei den Zweitstimmen über die Hälfte der Stimmen und in der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre sogar über sechs Zehntel. In dieser Altersgruppe stimmten 62% mit der Zweitstimme und 67,2% mit der Erststimme für die SPD (von den Männern 61% und 67,2% und von den Frauen 63% und 67,2%). Bei der Bundestagswahl 1969 hatte die SPD nur in der damaligen Altersgruppe 30 bis 44 Jahre der Männer über die Hälfte der Zweitstimmen erhalten. Die Tendenz, daß die Stimmenanteile der SPD mit steigendem Alter abnehmen, ist erhalten geblieben.

Die CDU konnte sowohl von den Erststimmen als auch von den Zweitstimmen nur bei den über 59jährigen größere Stimmenanteile als die SPD verbuchen. Bei den Frauen liegt sie noch ganz knapp in der Altersgruppe 45 bis 49 Jahre vorn. Ihre Anteile machen bei den unter 45 Jahre alten Wählern weniger als vier Zehntel aus. Bei den Jungwählern sinken sie sogar unter drei Zehntel. Im Jahre 1969 hatte sie noch bei den über 44jährigen vorn gelegen und von den Frauen dieser Altersgruppe sogar die absolute Mehrheit der Zweitstimmen erhalten.

Die FDP wird wie die SPD häufiger von den jüngeren Jahrgängen und den Männern gewählt. Sie erhielt von den gültigen Zweitstimmen der Männer 9% und der Frauen 7,8%. Von der Anzahl her sind jedoch beide Geschlechter fast gleich. Am günstigsten schnitt die FDP in den Altersgruppen 18 bis 24 und 25 bis 34 Jahre mit 10,1% und 10,6% ab. Ihr Anteil sinkt mit steigendem Alter.

Die Stimmenanteile der übrigen Parteien sind so geringfügig, daß eine einigermaßen sichere Aussage nicht gemacht werden kann.

Wählerstruktur

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Stimmenverteilung jeweils innerhalb einer Altersgruppe oder einem Geschlecht beobachtet. Geht man jedoch von der Gesamtstimmenzahl einer Partei aus und fragt, von welchen Altersgruppen und von welchem Geschlecht die Stimmen gekommen sind, so ergibt sich ein anderes Bild. Das liegt daran, daß die Altersgruppen unterschiedlich besetzt sind, und vor allem daran, daß die Zahl der Frauen größer ist als die der Männer. Der Anteil der wahlberechtigten Frauen ist zwar wegen der erstmals wahlberechtigten jüngeren Jahrgänge, bei denen die Männer überwiegen, zurückgegangen, er macht aber immer noch 53,7% aus und der der Männer entsprechend 46,3%. Da die Wahlbeteiligung der Frauen etwas geringer ist, verschiebt sich die Relation bei den Wählern auf 53,5% zu 46,5%.

Die Wählerschaft der CDU besteht nach wie vor überwiegend aus Frauen. Berücksichtigt man nur die Zweitstimmen, so sind 55% der CDU-Wähler Frauen und entsprechend 45% Männer. Dieser Anteil ist im Verhältnis zum Gesamtanteil der weiblichen Wähler überdurchschnittlich, während er bei den Männern unterdurchschnittlich ist. Bei den letzten Bundestagswahlen (1969 = 58,1%, 1965 = 57,7%) war der Frauenanteil der CDU jedoch noch höher gewesen. Überdurchschnittliche Anteile finden sich bei der CDU nur in den Alters-

Aufteilung der gültigen Zweitstimmen der Parteien

Altersgruppe	Von den Wählern der ... sind						Von allen Wählern sind	
	CDU		SPD		FDP		in 1 000	%
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%		
Männer								
18 - 24	23	3,6	52	6,9	9	7,2	85	5,5
25 - 34	57	8,9	82	10,8	17	13,1	157	10,2
35 - 44	54	8,5	73	9,6	13	10,3	143	9,2
45 - 59	63	9,9	67	8,8	13	10,3	146	9,4
60 und älter	90	14,1	83	10,9	12	9,3	189	12,2
Zusammen	288	45,0	356	47,0	64	50,2	719	46,5
Frauen								
18 - 24	22	3,4	51	6,7	7	5,8	81	5,2
25 - 34	57	8,9	77	10,1	16	12,2	150	9,7
35 - 44	54	8,4	69	9,1	12	9,5	136	8,8
45 - 59	91	14,3	91	12,0	15	11,6	199	12,9
60 und älter	128	20,0	114	15,1	14	10,6	260	16,8
Zusammen	351	55,0	401	53,0	64	49,8	827	53,5
Männer und Frauen								
18 - 24	45	7,0	103	13,5	17	13,0	166	10,8
25 - 34	114	17,8	158	20,9	33	25,3	308	19,9
35 - 44	108	16,9	142	18,7	25	19,8	279	18,0
45 - 59	155	24,2	158	20,8	28	21,9	345	22,3
60 und älter	218	34,1	197	26,0	26	20,0	449	29,0
Insgesamt	639	100	757	100	128	100	1 546	100

gruppen ab 45 Jahre, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Diese Altersgruppen stellen insgesamt knapp sechs Zehntel der CDU-Wähler. Auf die Männer entfällt ein Viertel und auf die Frauen gut ein Drittel. Die CDU-Wählerschaft ist dagegen in den jüngeren Jahrgängen deutlich unterrepräsentiert. Gut drei Zehntel aller Wähler sind unter 35 Jahre alt, aber nur knapp ein Viertel der CDU-Wähler.

Die Wähler der SPD sind ebenfalls überwiegend Frauen. Das ist 1969 erstmals der Fall gewesen. Unter Zugrundelegung der Zweitstimmen sind 53% der SPD-Wähler Frauen und entsprechend 47% Männer. Damit entspricht der Anteil der SPD-Wählerinnen beinahe dem Gesamtanteil der Wählerinnen (53,5%), und der Anteil der Männer liegt darüber (46,5%). Die Zweitstimmenwähler bis 45 Jahre machen über die Hälfte der SPD-Wähler aus, davon entfallen reichlich die Hälfte auf die Männer und knapp die Hälfte auf die Frauen. Die SPD weist in diesen Jahrgängen einen überdurchschnittlichen Anteil aus.

Die Wählerschaft der FDP setzt sich zu ziemlich gleichen Anteilen aus Männern (50,2%) und Frauen (49,8%) zusammen. Besonders überdurchschnittlich ist hier sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen der Anteil der Wähler zwischen 25 und 35 Jahren.

Kombinationswähler

Der Wähler hat seit der Einführung der zweiten Stimme (Bundestagswahl 1953) die Möglichkeit, unterschiedlich zu wählen. Er kann der Partei A seine Erststimme und der Partei B seine Zweitstimme geben oder auch nur mit einer Stimme wählen und sich der anderen enthalten. Von diesen Möglichkeiten hat knapp jeder zehnte Wähler Gebrauch gemacht. Der Anteil ist gegenüber 1969 leicht gestiegen. Die Männer kombinieren etwas häufiger (9,4%) als die Frauen (8,8%). Betrachtet man die Altersjahrgänge, so fällt auf, daß die jüngsten Wähler (18 bis 24 Jahre) mehr als doppelt so häufig ihre Erststimme anders abgegeben haben als ihre Zweitstimme, wie die ältesten (60 Jahre und älter).

Fast jede der möglichen Kombinationen ist vorgekommen. Die folgende Übersicht zeigt die sechs häufigsten:

	Erststimme	Zweitstimme	in %
1.	SPD	FDP	52,4
2.	FDP	SPD	12,7
3.	CDU	FDP	8,1
4.	CDU	SPD	6,2
5.	SPD	CDU	4,8
6.	ungültig	SPD	4,1

Wie man sieht, dominiert deutlich die Kombination SPD/FDP. Über die Hälfte der Kombinationswähler haben mit der Erststimme die SPD und mit der Zweitstimme die FDP gewählt. Alle anderen Kombinationen fallen deutlich ab. An zweiter Stelle liegt mit einem Anteil von einem Achtel die Kombination FDP/SPD, gefolgt von der Kombination CDU/FDP mit einem Zwölftel. Bei Männern und Frauen ergibt sich die gleiche Rangfolge der Kombinationsarten. Allerdings dominierten bei den Männern noch stärker als im Durchschnitt die Wähler, die ihre Erststimme der SPD und ihre Zweitstimme der FDP gegeben haben. Auch bei den jüngsten und ältesten Wählern liegt jeweils die Kombination SPD/FDP

an der Spitze, jedoch mit dem Unterschied, daß ihr Anteil bei den jüngsten 55,5% ausmacht und bei den ältesten 39,5%. Es fällt jedoch in diesen Altersgruppen auf, daß von den jüngsten Wechselwählern nur jeder Zwanzigste die Kombination CDU/FDP gewählt hat und von den ältesten jeder Zwölfte. Auch bei der Kombination ungültig/SPD besteht ein deutlicher Unterschied. Von jedem 35. jüngsten Wechselwähler war die Erststimme ungültig und die Zweitstimme wurde für die SPD abgegeben, während es bei den ältesten Wechselwählern jeder Zehnte gewesen ist.

Fragt man nach dem Gewicht, das diese Wechselwähler für eine Partei haben, so stellt man fest, daß es für die FDP sehr groß gewesen ist. Von den 128 000 Zweitstimmenwählern der FDP haben 74 000 oder fast sechs Zehntel mit ihrer Erststimme SPD gewählt. Umgekehrt haben knapp ein Zehntel der Erststimmenwähler der SPD mit ihrer Zweitstimme FDP gewählt. Alle anderen Kombinationen fallen weniger ins Gewicht.

Neun Zehntel der Wähler haben, wie schon dargelegt, mit ihrer Erst- und Zweitstimme gleich abgestimmt; überdurchschnittlich war sowohl der Anteil bei der CDU als auch bei der SPD. Von 100 Zweitstimmenwählern der CDU gaben nämlich 98 auch ihre Erststimme dieser Partei, und bei der SPD sind es 96 gewesen. Während der Anteil der männlichen und weiblichen CDU-Stammwähler gleich groß ist, lautet das Verhältnis bei der SPD 96 : 95.

Deutlich unterscheiden sich davon die Stammwähler der FDP. Nur ein Drittel der Zweitstimmenwähler der FDP gaben auch ihre Erststimme dieser Partei. Bei den Männern sind es drei Zehntel und bei den Frauen 36%.

Walter Dahms

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht B VII 1 - 6/72 enthalten. Vergleiche auch: "Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht (Bundestagswahl 1969)" in dieser Zeitschrift 1970, S. 3 (Januar)

Altersaufbau, Eheschließungen und Geborene der Ausländer in Schleswig-Holstein

In dem im Augustheft 1972 dieser Zeitschrift veröffentlichten Kurzbericht "Ausländer in Schleswig-Holstein am 31. Dezember 1971" wurde die zahlenmäßige Entwicklung der Ausländer in unserem Lande seit 1960 dargestellt.

Die dort gezeigten Grafiken machen ihre rasche Zunahme deutlich; in den letzten drei Jahren - also seit 1968 - hat sich z. B. die Zahl der nichtdeutschen Einwohner in Schleswig-Holstein fast verdoppelt. Am

31. 12. 1971 waren bei den Ausländerämtern des Landes 57 700 Ausländer registriert. Trotz dieser Entwicklung ist Schleswig-Holstein das Bundesland mit dem kleinsten Ausländeranteil geblieben. Im Durchschnitt aller Bundesländer kamen am 31. 12. 1971 mit 3 438 700 Ausländern 56 auf 1 000 der Bevölkerung, in Schleswig-Holstein waren es zum gleichen Zeitraum nur 23.

	Ausländer am 31. 12. 1971 ¹	
	insgesamt	je 1 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	57 700	23
Hamburg	110 800	62
Niedersachsen	218 700	30
Bremen	30 300	41
Nordrhein-Westfalen	970 500	57
Hessen	397 300	72
Rheinland-Pfalz	124 200	34
Baden-Württemberg	793 100	88
Bayern	545 200	51
Saarland	39 900	36
Berlin (West)	151 100	73
Bundesgebiet	3 438 700	56

1) von den Ausländerbehörden registrierte Ausländer (Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG sind)

Die schnell ansteigenden Ausländerzahlen, insbesondere die Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, hat in der letzten Zeit die öffentliche Diskussion über verschiedene damit verbundene Probleme angefacht. Das Interesse an diesem Teil der in unseren Grenzen lebenden Bevölkerung ist damit sprunghaft gestiegen. Immer häufiger werden Informationen hierüber angefordert. Für die amtliche Statistik tritt damit eine ihrer bisher wenig beachteten Teilaufgaben plötzlich in den Vordergrund. Bisher war es kein Problem, die relativ wenigen Ausländer in den Gesamtzahlen der Bevölkerung, der Erwerbstätigen zu führen.

Bevor die Gastarbeiter kamen, war die Zahl der Ausländer relativ unbedeutend und die Strukturunterschiede zur deutschen Bevölkerung waren gering, so daß keine Notwendigkeit zu einer besonderen Darstellung bestand. Nunmehr leben 3,4 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik, der größte Teil zählt zu den ausländischen Arbeitskräften (z. Z. 2,2 Millionen) und stammt aus den sogenannten Anwerbeländern, der Türkei, Jugoslawien, Spanien, Griechenland, Italien, Portugal, Marokko und Tunesien. Sie unterscheiden sich in ihrer Struktur z. T. wesentlich von der deutschen Bevölkerung - aber auch von den "alt-eingesessenen" Ausländern, z. B. den Dänen, Niederländern oder Österreichern. Zu den

Strukturunterschieden gehören insbesondere ihr abweichender Altersaufbau und die abweichende Erwerbsquote. Die in den Ländern der Bundesrepublik lebenden Ausländer sind zum weitaus größten Teil erwerbstätig. Bemerkenswert sind aber auch die abweichenden Geburten- und Sterbeziffern, die sich schon allein durch die eklatanten Unterschiede im Altersaufbau ergeben. Hinzu treten gewisse Unterschiede zur deutschen Bevölkerung im Familienstand, und hier kommt es weniger auf den juristischen Status an, als auf den de-facto-Zustand. Nach den Ergebnissen von Mikrozensus-Erhebungen (April 1971)¹ ist z. B. die Hälfte der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zwar verheiratet, aber nur 58% der verheirateten männlichen Ausländer leben mit ihrer Ehefrau zusammen.

Zu den Strukturunterschieden, deren Reihe sich noch verlängern ließe, müssen auch unterschiedliche Verhaltensweisen, z. B. vielleicht ein anderes generatives Verhalten gerechnet werden, das nicht mit Unterschieden der Altersstruktur und des Familienstandes erklärt werden kann.

Für den Statistiker ergibt sich nun folgendes Problem: in die von ihm zu beobachtende Grundgesamtheit, wie z. B. die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, ist ein neuer und wachsender Bestandteil hineingekommen, der wesentlich anders strukturiert ist als die bisherige Bevölkerung und der z. T. auch andere Verhaltensweisen an den Tag legt. Mit wachsendem Anteil dieses Teils gewinnt er auch zunehmenden Einfluß auf die statistischen Daten und Trends der Gesamtbevölkerung. Es ist nun nicht mehr zu sagen, ob z. B. ein Bruch in einer langjährig beobachteten Entwicklung auf Vorgänge in der deutschen Bevölkerung zurückzuführen ist, oder ob er auf dem wachsenden Einfluß einer immigrierten anders strukturierten Bevölkerung beruht. Aber auch der immigrierte Bevölkerungsteil unterliegt Veränderungen, sogar weit stärkeren als die übrige Bevölkerung.

Die für die Gesamtheit der Bevölkerung festgestellten Entwicklungen können deshalb verstärkt, gemildert und zum Teil auch allein hervorgerufen werden durch spezifische Entwicklungen in der ausländischen Bevölkerung. Je größer der Anteil der ausländischen Bevölkerung wird, um so wichtiger ist es, ihn gesondert statistisch zu beobachten.

Die amtliche Statistik liefert zur Zeit an Informationen über Ausländer Angaben über ihre Gesamtzahl (die bei den Ausländerämtern

1) "Haushalte und Familien von Ausländern", Ergebnis des Mikrozensus, in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 164 ff. (März)

registrierten Ausländer) nach ihrer Staatsangehörigkeit, über die Wanderungsströme über Bundes- und Landesgrenzen, über ausländische Studierende und die von ihnen abgelegten Prüfungen sowie Unterlagen über beschäftigte ausländische Arbeitnehmer aus den statistischen Quellen der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg. Hier ist auch auf die Ergebnisse einer umfassenden Repräsentativuntersuchung vom Herbst 1968 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und ihre Familien- und Wohnverhältnisse² zu verweisen. Über eine erweiterte im Frühjahr 1972 durchgeführte Repräsentativerhebung liegen zur Zeit nur erste Bundesergebnisse vor. Die Volkszählung wird ihrerseits vielseitiges statistisches Material über Ausländer liefern, das weitere Einblicke in ihre Struktur geben wird.

Auch in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung werden seit langem die Ausländer berücksichtigt. Besonders interessant sind hier die Unterlagen über den Altersaufbau der Ausländer, wie er anlässlich der Volkszählung 1970 ermittelt und nunmehr fortgeschrieben wird, über die Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner und jene über Geburten nach der Staatsangehörigkeit von Vater und Mutter. In einer Phase, in der der Ausländeranteil unserer Bevölkerung an Bedeutung zu gewinnen beginnt, dürfte es aufschlußreich sein, sich diese Unterlagen einmal etwas näher anzusehen.

Alle Angaben und Statistiken beziehen sich nur auf die registrierten Ausländer, also auf solche, die ordnungsgemäß von den zuständigen Behörden erfaßt und betreut werden. Es ist aber auch bekannt, daß eine wachsende Zahl von Ausländern illegal in die Bundesrepublik gekommen ist. Damit entziehen sie sich selbstverständlich weitgehend der statistischen Erfassung. Das betrifft in erster Linie die Gesamtzahlen über Ausländer, in der die unbekannte Zahl der "Illegalen" fehlen. Andererseits neigen alle Register, und insbesondere die der Ausländer, zur Übererfassung, da oft Abmeldungen unterbleiben und dies erst später festgestellt wird. Die nachstehend besprochenen Zahlen über Eheschließungen und Geburten von Ausländern dürften jedoch wegen der strengen bürokratischen Vorschriften den wahren Vorgängen entsprechen.

Der Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung

Der Altersaufbau der in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer ist weitgehend bestimmt durch die ausländischen Arbeitskräfte aus

den Anwerbeländern. Er entspricht daher der Struktur einer Einwanderungsbevölkerung, wie sie historisch von den typischen Einwanderungsländern dieser Erde her bekannt ist. Zu den Einwanderern zählen in erster Linie junge, am Anfang ihres Erwerbslebens stehende, meistens ledige Menschen, Kinder sind anfangs nur in geringer Zahl vorhanden, die Alten bleiben in den Heimatländern zurück. Typisch für eine derartig mobile Bevölkerung ist auch ihr Männerüberschuß.

In der Ausländerbevölkerung unseres Landes kamen am 31. 12. 1971 im Durchschnitt auf 100 Frauen und Mädchen 146 Männer und Knaben. In der wichtigen Gruppe der 15 bis unter 45 Jahre alten beträgt das Verhältnis Frauen zu Männer 100 : 159.

10 400 gleich 19,6% aller Ausländer sind Kinder bis Jugendliche unter 15 Jahren, das sind 1,7% der Gesamtbevölkerung dieser Jahrgänge. Dieser Anteil ist im Wachsen begriffen, wie sich aus dem zunehmenden Ausländeranteil in den jüngsten Altersjahrgängen leicht folgern läßt:

Alter in Jahren	Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in %
0 bis unter 1	3,8
1 " " 2	2,6
2 " " 3	2,2
3 " " 4	1,9
4 " " 5	1,8
5 " " 10	1,5
10 " " 15	1,3

Die absolut stärkste Besetzung weisen bei den Männern die Altersjahrgänge der 29- bis 34jährigen Ausländer auf. Etwa 5% der männlichen Wohnbevölkerung dieser Jahrgänge sind Ausländer. Bei den ausländischen Frauen finden wir die stärksten Jahrgänge im Alter von 21 bis etwa 26 Jahren. Hier sind über 5% der weiblichen Wohnbevölkerung Ausländerinnen.

Die Alterspyramide zeigt deutlich diese überproportionale Besetzung der Jahrgänge in der ersten Hälfte des Alters der Erwerbsfähigkeit. Es wird an ihr auch deutlich, und dies ist auch aus den erwähnten am stärksten besetzten Jahrgängen zu erkennen, daß die ausländischen Frauen im Durchschnitt etwa 6 bis 8 Jahre jünger sind als die Männer.

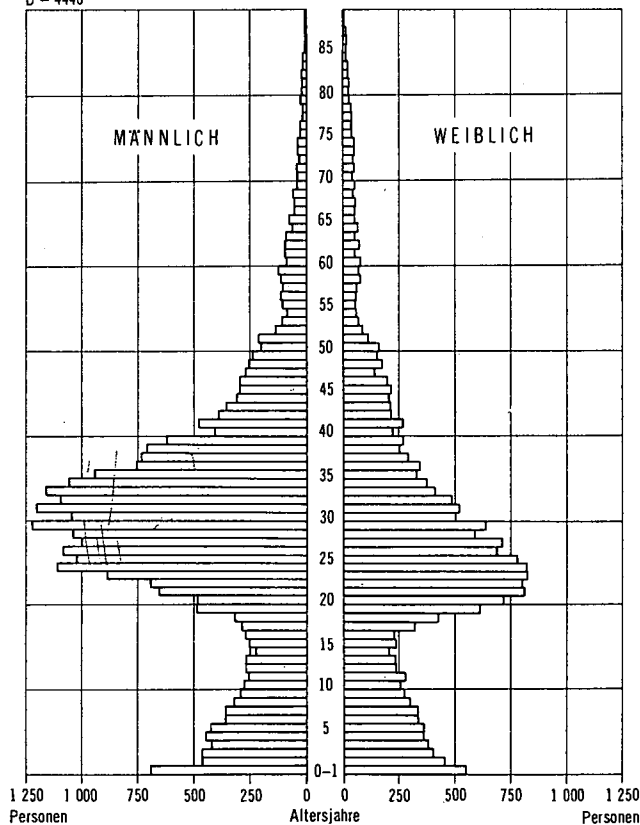
Recht schwach besetzt sind die Jahrgänge vom 50sten Lebensjahr ab. Hier dürften die

²) Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg: Ausländische Arbeitnehmer - Erfahrungsbericht 1969 -, Ergebnisse der Repräsentativ-Untersuchung vom Herbst 1968

Der Altersaufbau der Ausländer in Schleswig-Holstein

1. Januar 1972

D - 4448



Im Vergleich zum Altersaufbau der Gesamtbevölkerung 20fach breiter gezeichnet

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner

Zunehmende Ausländerzahlen in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein lassen erwarten, daß auch die Eheschließungen zwischen Ausländern und zwischen deutsch-ausländisch gemischten Ehepartnern zunehmen werden.

	Schleswig-Holstein		dagegen Bund
	Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	
1961 (Volkszählung)	12 606	0,5	1,2
31. 12. 1962	20 042	0,9	.
31. 12. 1963	22 371	0,9	.
30. 6. 1964	24 276	1,0	.
30. 6. 1965	27 945	1,2	.
30. 6. 1966	33 004	1,3	.
30. 9. 1967	29 121	1,2	3,0
30. 9. 1968	30 058	1,2	3,2
30. 9. 1969	37 167	1,5	3,9
30. 9. 1970	45 978	1,8	4,9
31. 12. 1971	57 682	2,3	5,6

1) von den Ausländerämtern registrierte Ausländer (Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG sind)

Bei einem Anwachsen der Zahl der Ausländer in Schleswig-Holstein von 1961 bis 1971 auf das Vier- bis Fünffache hat die Zahl der Eheschließungen zwischen Ausländern zwar zugenommen, bleibt aber mit 70 Eheschließungen im Jahre 1971 in einer noch unbedeutenden Größenordnung. Die Registrierung einer Eheschließung in unserem Lande zwischen Ausländern ist noch die Ausnahme. Die Ehen

Gastarbeiter kaum noch vertreten sein, um so häufiger jedoch Angehörige der Nachbarländer Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik, die hier schon länger ansässig sind.

Eheschließungen von Deutschen und Ausländern 1961 bis 1971

Jahr	insgesamt	Eheschließungen							
		davon							
		beide Ehepartner				Mann: Deutscher Frau: Ausländerin		Mann: Ausländer Frau: Deutsche	
		Deutsche		Ausländer		Anzahl	%	Anzahl	%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1961	22 526	22 133	98,3	9	0,0	103	0,5	281	1,2
1962	22 651	22 242	98,2	20	0,1	112	0,5	277	1,2
1963	22 167	21 680	97,8	23	0,1	142	0,6	322	1,5
1964	21 893	21 371	97,6	10	0,0	187	0,9	325	1,5
1965	21 422	20 805	97,1	32	0,1	211	1,0	374	1,7
1966	20 750	20 114	96,9	51	0,2	243	1,2	342	1,6
1967	20 245	19 623	96,9	31	0,2	278	1,4	313	1,5
1968	19 845	19 231	96,9	40	0,2	286	1,4	288	1,5
1969	19 051	18 421	96,7	42	0,2	313	1,6	275	1,4
1970	18 591	17 968	96,6	53	0,3	307	1,7	262	1,4
1971	17 678	17 057	96,5	70	0,4	274	1,5	277	1,6

der in unserem Lande lebenden Ausländer wurden und werden in den Heimatländern geschlossen.

Dagegen sind Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern schon häufiger, 1961 waren es 384 Eheschließungen (1,7%) und 1971

551 = 3,1% aller Eheschließungen. Ihre Zahl hat sich nicht einmal verdoppelt. Die Zunahme der Ehen zwischen Deutschen und Ausländern bleibt also weit hinter der Zunahme der Ausländerzahlen in unserem Lande zurück.

Unterscheidet man aber die "Mischehen" danach, ob ein deutscher Mann eine ausländische Frau geheiratet hat, oder umgekehrt eine deutsche Frau einen ausländischen Mann, so zeigt sich hier eine interessante Entwicklung: Eheschließungen zwischen deutschen Männern und ausländischen Frauen sind auf fast das Dreifache gestiegen, während Eheschließungen zwischen ausländischen Männern und deutschen Frauen zwar in den Jahren seit 1961 bis 1965 noch anstiegen, von da an aber stagnierende bis rückläufige Tendenz zeigen.

Eine ähnliche Entwicklung zeigen übrigens die Bundeszahlen. Allerdings ist hier der Anteil der Ehen zwischen Deutschen und Ausländern höher als in Schleswig-Holstein (1971: 5,9% zu 3,1%).

In Schleswig-Holstein sind Eheschließungen mit Frauen aus skandinavischen Ländern besonders häufig. Bei einem Anteil der Skandinavier von 9% an allen in Schleswig-Holstein registrierten Ausländern sind Skandinavier bei 21% aller Eheschließungen zwischen einem (einer) Ausländer(in) und einem (einer) Deutschen beteiligt. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, nehmen derartige Eheschließungen in den letzten Jahren an Häufigkeit zu - insbesondere Ehen mit dänischen und finnischen Frauen. Andererseits werden Ehen deutscher Frauen mit Männern aus skandinavischen Ländern - der überwiegende Anteil wird hier vom Nachbarland Dänemark gestellt - wieder seltener.

Eheschließungen zwischen Deutschen und Skandinavien

Jahr	Mann deutsch		Frau deutsch	
	Frau		Mann	
	skandinavisch	darunter dänisch	skandinavisch	darunter dänisch
1961	30	18	61	40
1962	32	26	46	33
1963	35	23	59	38
1964	64	.	50	.
1965	65	42	55	37
1966	61	28	51	32
1967	83	40	48	33
1968	84	48	32	22
1969	94	47	39	29
1970	101	56	19	16
1971	87	44	27	20

Wie die dritte Tabelle zeigt, sind Eheschließungen von Deutschen mit solchen Aus-

ländern, die schon seit längerem in unserem Lande wohnen, also schon weitgehend sesshaft und integriert sind (Zwischensumme I der Tabelle), viel häufiger als Eheschließungen von Deutschen mit Ausländern der übrigen Nationalitäten. Entfallen auf die unter I aufgeführten Ausländer - es sind dies neben den Skandinaviern insbesondere Österreicher, Niederländer und Briten - 23% aller Ausländer in Schleswig-Holstein, so sind sie doch mit 45% an Eheschließungen mit einer deutschen Frau beteiligt. Dagegen bildet die Gruppe der Ausländer aus den wichtigsten 6 Anwerbeländern an allen Ausländern einen Anteil von knapp zwei Dritteln (Zwischensumme II), sie sind aber nur mit 26% an allen Eheschließungen zwischen Ausländern und deutschen Frauen beteiligt. Es entfallen aber auf diese Gruppe 77% der allerdings insgesamt recht niedrigen Zahl von Eheschließungen zwischen Ausländern. Relativ häufig sind in dieser Gruppe

Eheschließungen von und mit Ausländern 1971

Staatsangehörigkeit	Ausländer am 31. 12. 1971	Eheschließungen 1971			
		zwischen Ausländern ¹	eines Ausländers mit einer deutschen Frau	einer Ausländerin mit einem deutschen Mann	
		Anzahl			
I. Skandinavische Staaten	5 232	-	27	87	
Niederlande	1 224	-	23	10	
Frankreich	564	-	12	7	
Schweiz	741	-	10	10	
Österreich	1 951	4	25	23	
Großbritannien	1.343	1	20	18	
Polen, Sowjetunion, Ungarn, Tschechoslowakei	2 356	-3	9	4	
Zwischensumme I	13 411	8	126	159	
in %	23,2	11,4	45,5	58,0	
II. Türkei	15 375	1	11	5	
Jugoslawien	6 206	13	13	27	
Spanien	5 396	16	7	6	
Griechenland	4 370	19	10	4	
Italien	2 999	5	29	4	
Portugal	1 954	-	1	-	
Zwischensumme II	36 300	54	71	46	
in %	62,9	77,1	25,6	16,8	
III. Sonstige europäische Länder	1 185	-	5	2	
Außereuropäische Länder	5 369	6	45	32	
Staatenlos, ungeklärt	1 417 ^a	2	30	35	
Zwischensumme III	7 971	8	80	69	
in %	13,8	11,4	28,9	25,2	
Insgesamt	57 682	70	277	274	

1) hatten die Eheschließenden verschiedene (nichtdeutsche) Staatsangehörigkeit, erfolgte die Eindordnung nach der Staatsangehörigkeit des Mannes

a) einschließlich 33 Personen mit mehrfacher Staatsangehörigkeit

Eheschließungen von italienischen Staatsangehörigen mit Deutschen (überwiegend mit deutschen Frauen).

Wie schon oben festgestellt, hat die Zunahme der in Schleswig-Holstein geschlossenen Ehen, bei denen Ausländer beteiligt sind, nicht das Ausmaß der Zunahme der Ausländerzahlen in unserem Lande. Die Analyse unseres Materials hat gezeigt, daß Eheschließungen, an denen die im letzten Jahrzehnt hereingekommenen ausländischen Arbeitskräfte aus den wichtigsten 6 Anwerbeländern beteiligt sind - insbesondere die Türken -, bei Berücksichtigung ihrer großen Zahl noch relativ selten sind. Die große Gruppe der Gastarbeiter ist noch weitgehend isoliert. So gab es im Jahre 1971 bei rund 15 000 in Schleswig-Holstein registrierten Türken nur 11 Eheschließungen zwischen Türken und deutschen Frauen sowie 5 Eheschließungen zwischen deutschen Männern und türkischen Frauen. Eheschließungen zwischen Türken wurden in Schleswig-Holstein überhaupt nicht registriert, lediglich solche zwischen Türken und anderen Ausländern.

In der Bundesrepublik stehen Eheschließungen mit Frauen aus Österreich, Jugoslawien und den Niederlanden an der Spitze der Skala. Ausländer, die in der Bundesrepublik deutsche Frauen heiraten, stammen am häufigsten aus den Vereinigten Staaten (hier ist die Entwicklung zur Zeit rückläufig), aus Italien, Österreich und den Niederlanden. In unserem Lande sind die Eheschließungen mit US-Amerikanern recht selten.

Bei jeder Wertung dieser Zahlen muß man sich deutlich machen, daß sie nur die Zahl der Ehen darstellen, die in Schleswig-Holstein oder in der Bundesrepublik geschlossen wurden. Über Eheschließungen im Ausland, bei denen deutsche Staatsbürger beteiligt sind, liegen keine Unterlagen vor. Man kann ihre Zahl auch schlecht abschätzen. Es ist nicht zu beweisen, wohl aber anzunehmen, daß Ehen zwischen deutschen Männern und ausländischen Frauen häufiger in der Bundesrepublik als im Herkunftsland der Frau geschlossen werden. Eine nicht bekannte Zahl deutscher Frauen heiratet im Ausland. Sie wurden dann lediglich als Wanderungsfall, der in das Ausland gerichtet ist, registriert.

Geburten nach der Staatsangehörigkeit der Eltern³

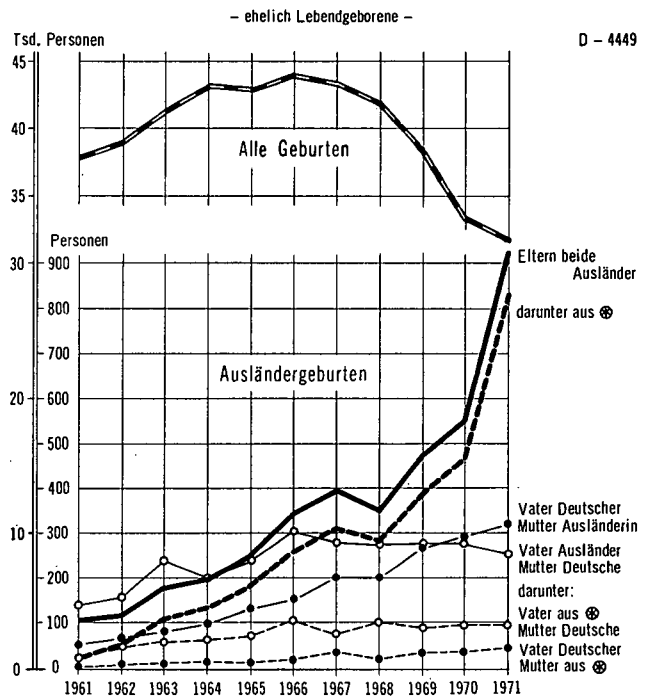
Anfang der 60er Jahre waren in Schleswig-Holstein Geburten von Kindern ausländischer Eltern und von Ehepaaren, von denen ein Teil Ausländer ist, noch recht selten: 1961 wurden

z. B. nur 297 solcher Geburten gezählt, bei 104 davon waren beide Elternteile Ausländer. 1971 dagegen waren es bereits 1 499 Geburten mit mindestens einem ausländischen Elternteil, das ist eine Zunahme auf das Fünffache.

Anfang der 60er Jahre waren die Eltern vorwiegend Skandinavier, Briten, Staatenlose, Österreicher und Niederländer. Inzwischen hat sich das Bild mit zunehmenden Auftreten ausländischer Arbeitskräfte weitgehend verschoben. Mit den wachsenden Ausländerzahlen nehmen auch Geburten zu, bei denen beide Eltern oder ein Elternteil Ausländer sind. Auf 100 ehelich Geborene kamen 1961 bei einem Ausländeranteil von 0,5% 0,8 Ausländergeburten⁴, 1971 bei einem Ausländeranteil von 2,3% bereits 4,7 Ausländergeburten, darunter 2,9%, bei denen beide Elternteile Ausländer sind, 3,7%, bei denen zumindest der Vater Ausländer ist. Es wurden also mehr Kinder von ausländischen Eltern geboren, als es ihrem Anteil an der Landesbevölkerung entspricht.

Die zweite Grafik zeigt eine stetige und in den letzten Jahren beschleunigte Zunahme der Geborenen, deren beide Eltern Ausländer sind. Während die Zahl der Geborenen, bei denen der Vater Ausländer und die Mutter Deutsche

Entwicklung der Ausländergeburten 1961 bis 1971



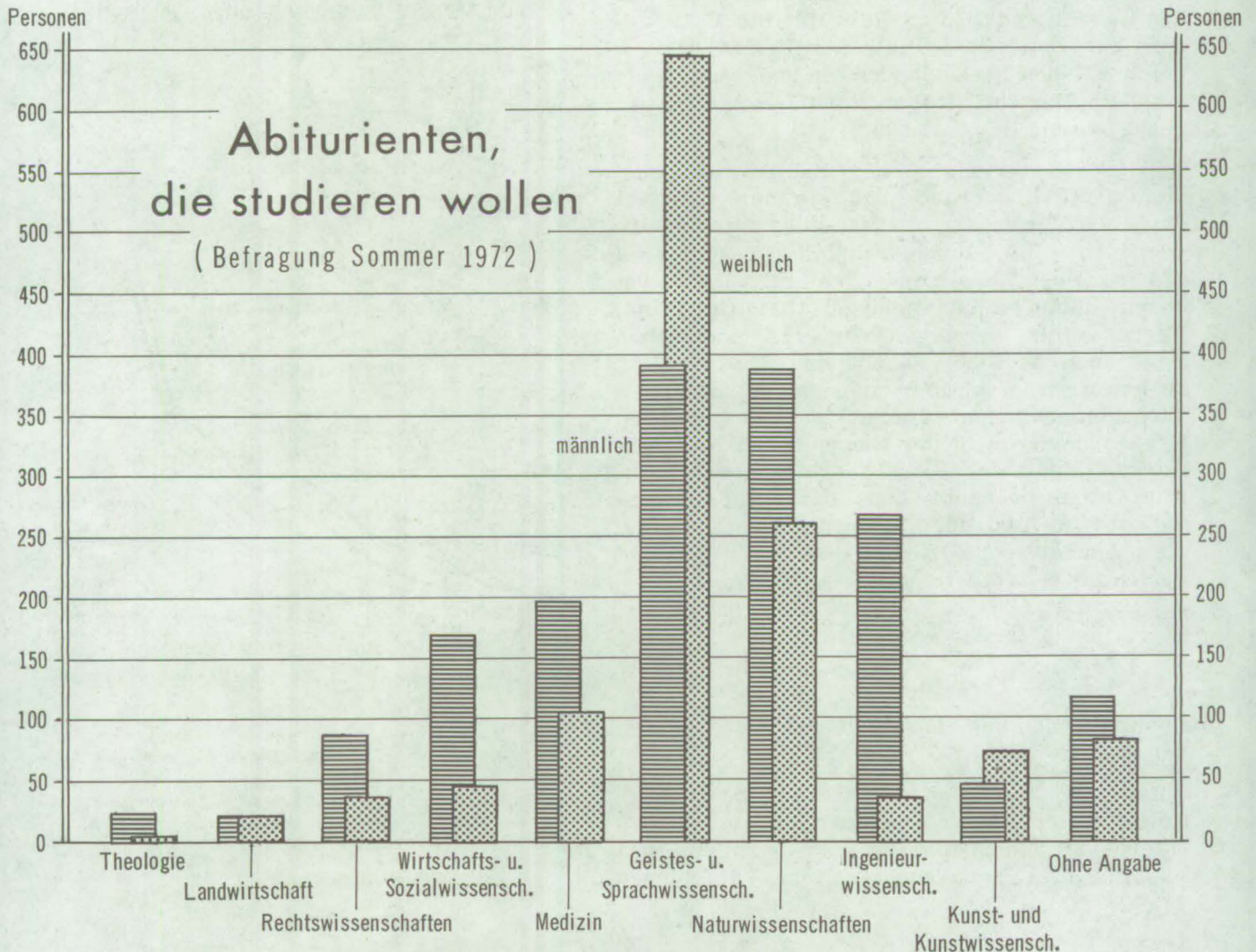
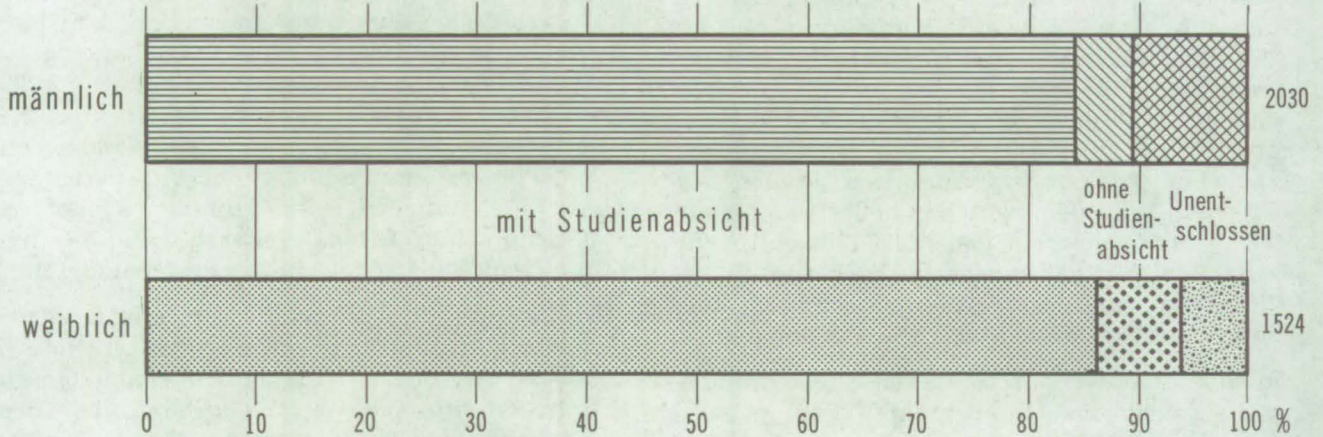
⊙ Anwerbeländer: Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei

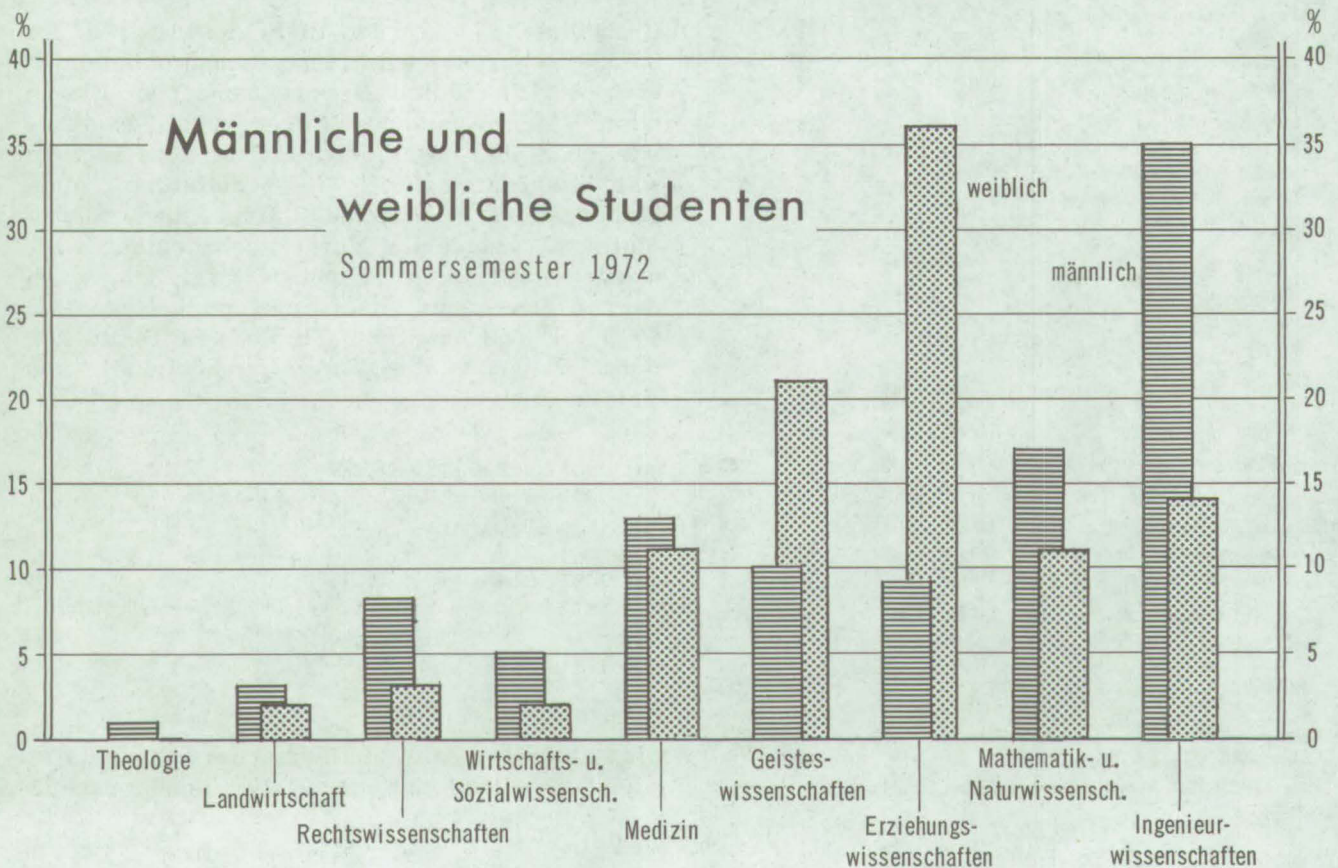
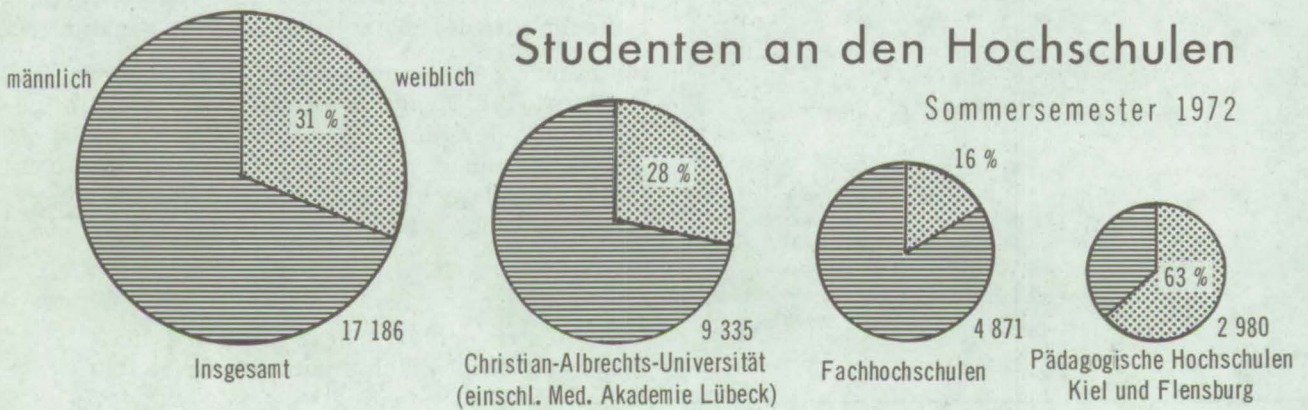
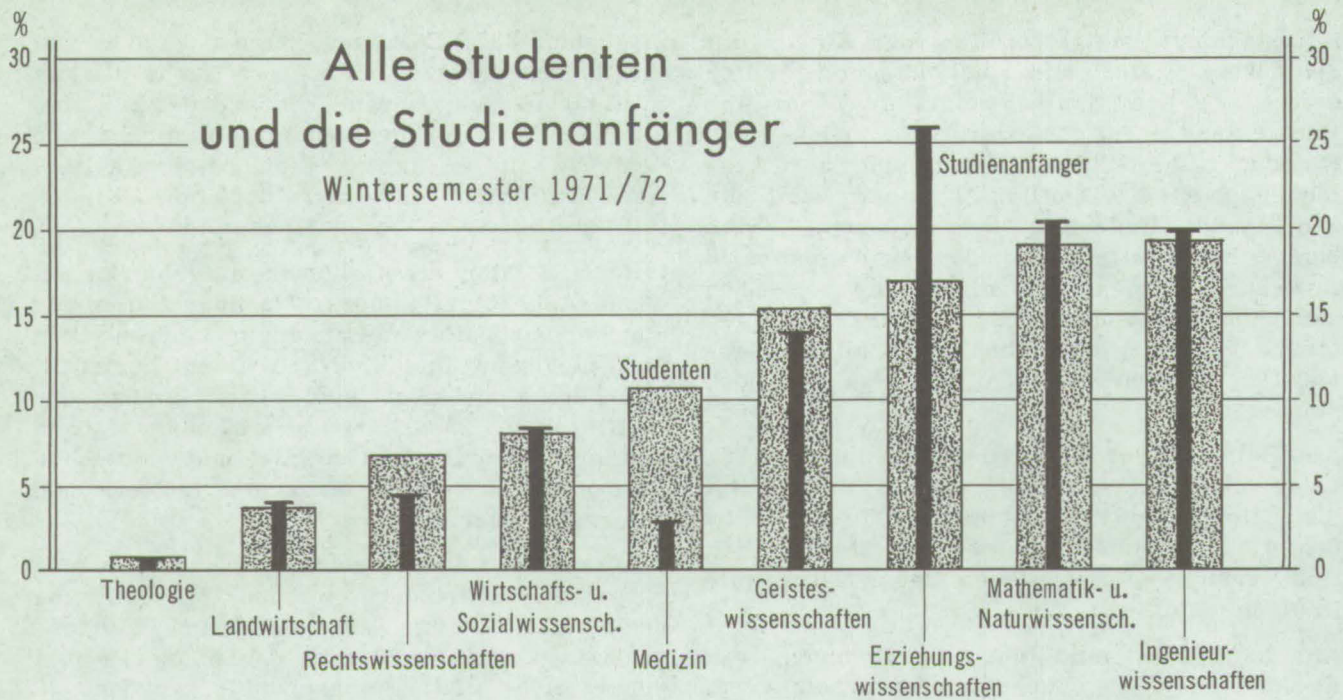
3) Die Geburtenzählkarten als Unterlage der amtlichen Geburtenstatistik enthalten keine Angabe über die Staatsangehörigkeit des neugeborenen Kindes. Da der Vater seine Staatsangehörigkeit dem Kinde vererbt, haben Kinder von deutschen Vätern und ausländischen Müttern die deutsche Staatsangehörigkeit

4) ein oder beide Elternteile sind Ausländer

STUDIENWUNSCH UND STUDIENWIRKLICHKEIT IN SCHLESWIG - HOLSTEIN

Abiturienten, die 1972 befragt worden sind





ist, stagniert, steigt die Zahl der Kinder mit deutschem Vater und ausländischer Mutter stetig an. Die Grafik zeigt nicht nur die Entwicklung, sie vermittelt auch einen Eindruck über die Größenordnung der Ausländergeburten. Deutlich sichtbar wird die zunehmende Bedeutung der Geburten, deren beide Elternteile aus den wichtigsten 6 Anwerbeländern stammen. Kinder aus Ehen zwischen Deutschen und Staatsangehörigen dieser 6 Länder (Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien, Portugal, Türkei) sind noch selten.

Am Beispiel der Geborenen des Jahres 1971 zeigt die vierte Tabelle, welche Nationalität die Eltern der Kinder haben, die nicht zu den 30 182 Geborenen (= 95,3% aller ehelich Geborenen) gehören, deren beide Elternteile Deutsche sind.

Am häufigsten sind hier die Geburten von Ausländern aus den genannten Anwerbeländern,

insgesamt 832. Darunter machen Kinder von türkischen Eltern allein bereits mehr als die Hälfte aus. Neugeborene Kinder, deren Väter aus diesen 6 Anwerbeländern stammen und deutsche Mütter haben, sind relativ selten. Am häufigsten sind hier noch die Kinder italienischer Väter und deutscher Mütter.

Unter I. sind die Geburten aufgeführt, bei denen Angehörige unserer Nachbarländer und anderer europäischer Länder, mit denen schon seit längerem intensivere Kontakte bestehen, als Eltern beteiligt sind. Hier finden wir z. B. 149 und 25 Geburten von skandinavischen und niederländischen Müttern und deutschen Vätern oder von 28 deutschen Müttern und österreichischen Vätern.

Bei rund 5 400 Ausländern aus außer-europäischen Ländern wurden 71 Geborene registriert, deren Väter zu dieser Ländergruppe gehören und mit deutschen Frauen verheiratet sind. Andererseits wurden 36 Geborene von Frauen aus außereuropäischen Ländern mit deutschen Ehemännern gezählt.

In einer Zeit zunehmender Ausländerzahlen wird oft die Frage gestellt, welchen Einfluß die Ausländer auf die demografischen Daten unseres Landes haben. Wie weit wird durch sie z. B. das Schrumpfen des Geburtenüberschusses aufgehalten?

In Schleswig-Holstein war im Jahre 1971 der Geburtenüberschuß zu zwei Dritteln durch Ausländer bedingt

Im Jahre 1971 wurden in Schleswig-Holstein 33 523 Geborene registriert, darunter befanden sich 1 179 ehelich Geborene, deren Eltern oder Vater Ausländer waren, und 54 nicht-ehelich Geborene, deren Mutter Ausländerin war, insgesamt also 1 233 so definierte "Ausländergeborene". Die 320 Geborenen, deren Mutter Ausländerin, Vater aber deutsch war, wurden hier nicht berücksichtigt, da nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, §§ 3, 4 das eheliche Kind eines Deutschen durch Geburt die Staatsangehörigkeit des Vaters erwirbt.

Bei 33 523 insgesamt Geborenen und 31 951 Gestorbenen ergibt sich ein Geborenenüberschuß von 1 572 Personen

Bei 1 233 Geborenen von Ausländern und 162 gestorbenen Ausländern ergibt sich für den ausländischen Bevölkerungsteil einen Geborenenüberschuß von 1 071 Personen.

Ehelich Lebendgeborene 1971
nach der Staatsangehörigkeit der Eltern

Staatsangehörigkeit	Ausländer am 31. 12. 1971	Ehelich Lebendgeborene		
		beide Elternteile Ausländer	Vater Ausländer, Mutter deutsch	Mutter Ausländerin, Vater deutsch
Anzahl				
I. Skandinavische Staaten	5 232	18	16	149
Niederlande	1 224	11	13	25
Frankreich	564	4	3	7
Schweiz	741	6	4	10
Österreich	1 951	3	28	17
Großbritannien	1 343	6	10	23
Polen, Sowjetunion, Ungarn, Tschechoslowakei	2 356	3	3	3
Zwischensumme I	13 411	51	77	234
in %	23,2	5,5	30,3	73,1
II. Türkei	15 375	454	17	4
Jugoslawien	6 206	82	16	10
Spanien	5 396	83	8	12
Griechenland	4 370	139	8	4
Italien	2 999	44	42	8
Portugal	1 954	30	1	2
Zwischensumme II	36 300	832	92	40
in %	62,9	89,9	36,2	12,5
III. Sonstige europäische Länder	1 185	1	-	3
Außereuropäische Länder	5 369	39	71	36
Staatenlos, ungeklärt	1 417 ^{a)}	2	14	7
Zwischensumme III	7 971	42	85	46
in %	13,8	4,5	33,5	14,4
Insgesamt	57 682	925	254	320

1) hatten die Eltern verschiedene (nichtdeutsche) Staatsangehörigkeiten, so war die des Vaters maßgebend

a) einschließlich 33 Personen mit mehrfacher Staatsangehörigkeit

Die niedrige Zahl ausländischer Sterbefälle macht deutlich, daß der Geborenenüberschuß

der Ausländer einen völlig anderen Charakter hat als der der deutschen Bevölkerung. Der extreme Altersaufbau - das Fehlen des Alters - muß zu einem so hohen Geborenenüberschuß führen.

Von dem gesamten Geborenenüberschuß von 1 572 sind 1 071, das sind zwei Drittel, auf Kinder von Ausländern zurückzuführen. Der deutsche Bevölkerungsteil allein hat 1971 nur einen Geborenenüberschuß von 501 Personen erzielt.

Dies entspricht der Entwicklung, wie sie für das gesamte Bundesgebiet bereits für das Jahr 1970 sichtbar wurde. Das Statistische Bundesamt schreibt in Wirtschaft und Statistik⁵ darüber folgendes:

"Im Jahre 1970 waren die hier lebenden Ausländer an dem seinerzeit registrierten Geborenenüberschuß von 76 000 mit rund 55 000 oder zu über zwei Drittel beteiligt. Unter der deutschen Bevölkerung 1970 wurden 21 000 Kinder mehr geboren als Personen gestorben sind. Für das darauffolgende Jahr dürfte das allerdings nicht mehr zutreffen: 1971 beruhte das natürliche Wachstum mit hoher Wahrscheinlichkeit lediglich auf dem Geburtenüberschuß der hier lebenden Ausländer."

In Schleswig-Holstein ergab sich für das Jahr 1970 noch ein Geburtenüberschuß von 2 181, der zu gut zwei Dritteln (+ 1 484) auf die deutsche Bevölkerung und knapp zu einem Drittel (+ 697) auf den ausländischen Bevölkerungsteil zurückzuführen ist.

Die Frage, ob die Ausländer in unserem Lande mehr Kinder als die übrige Bevölkerung bekommen, ist nicht ohne weiteres mit ja oder nein zu beantworten. Spezielle Fruchtbarkeitsziffern - wie sie z.B. regelmäßig für Schleswig-Holstein im Statistischen Bericht⁶ über die natürliche Bevölkerungsbewegung veröffentlicht werden - können leider für die Ausländer nicht berechnet werden, da die hierfür erforderliche Aufbereitung der Geburten von Ausländern nach dem Alter der Mutter nicht zur Verfügung steht. Da jedoch von der letzten Volkszählung her der Altersaufbau des ausländischen Bevölkerungsteils bekannt ist und fortgeschrieben wird, läßt sich errechnen, wieviel Kinder die in unserem Lande lebenden Ausländerinnen geboren hätten, wenn sie dieselbe Fruchtbarkeit aufwiesen, wie sie für die weibliche Gesamtbevölkerung festgestellt worden ist.

Eine solche Berechnung, die die Besonderheiten der Altersgliederung der weiblichen

ausländischen Bevölkerung eliminiert, ergibt für die Jahre 1970 und 1971 folgendes:

Registrierte "Ausländer"-Geburten:	1970	1971
Mutter nichtdeutsch: Vater Ausländer	548	925
Vater Deutscher ⁷	291	320
Vater unbekannt (nichtehelich)	56	54
insgesamt	895	1 299
dagegen		
Erwartungszahl der Lebendgeborenen auf Grund der generativen Verhaltensweisen der Gesamtbevölkerung im Jahre 1970	859	1 166
im Jahre 1971		1 116

Die wie geschildert errechneten hypothetischen Geborenenziffern liegen unter den tatsächlich ermittelten Zahlen. Das bedeutet, daß die effektive Fruchtbarkeit der ausländischen Frauen über der der deutschen Frauen liegt. Nimmt man an - und dafür gibt es Anhaltspunkte -, daß die Ausländer im Jahre 1970 bei der Volkszählung auf Grund ihrer gestreuten Wohnlage, als Folge von Sprachschwierigkeiten, vielleicht auch aus Furcht vor den deutschen Behörden, nicht überall vollständig erfaßt worden sind, müßte die hypothetische Geborenenzahl höher liegen, sie käme also der effektiven sehr nahe oder könnte sie bei der Annahme einer relativ hohen Untererfassung der Ausländer sogar überschreiten. Das würde für 1970 auf relativ geringfügige Fruchtbarkeitsunterschiede hinweisen. Andererseits müssen die Unterschiede in den familiären Strukturen berücksichtigt werden. Im eigentlichen Familienstand unterscheiden sich die Ausländer zwar nicht wesentlich von der deutschen Bevölkerung:

von 100 deutschen Frauen
im Alter von 15 bis unter 45 Jahren
waren 71% verheiratet,

von 100 ausländischen Frauen
im gleichen Alter
waren 69% verheiratet.

Aus einer Sonderaufbereitung des Mikrozensus⁸ wissen wir aber, daß 14% der verheirateten ausländischen Frauen unter 45 Jahre nicht mit ihrem Ehepartner in einem Haushalt zusammenleben. Dies kann als Hinweis auf eine höhere Fruchtbarkeit in den Ehen derjenigen Ausländer gesehen werden, die in unserem Lande zusammenleben.

7) Da hier die Geburtsleistung aller in unserem Lande lebenden Ausländerinnen zur Diskussion steht, wurden bei dieser Berechnung auch die Geburten von Ausländerinnen, die mit deutschen Männern verheiratet sind, einbezogen

8) Haushalte und Familien von Ausländern in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 164 ff. (März)

5) Wirtschaft und Statistik 1972, S. 625 (November)

6) Reihe A II 1 - j/71

Im Jahre 1971 ist die Zahl der Ausländergeburten um 45% angewachsen. Verwendet man für die Berechnung der Erwartungszahl der Ausländergeburten die Fruchtbarkeitsziffern der Gesamtbevölkerung des Jahres 1970, so liegt die Erwartungszahl um 10% unter der effektiven.

Die oben geschilderte Zählungsuntererfassung 1971 dürfte zu einem gewissen Teil durch den in der anderen Richtung wirkenden Fortschreibungsfehler, der immer wieder durch Nichteinhaltung der Meldebestimmungen entsteht, ausgeglichen sein, so daß die relativ größer gewordene Spanne zwischen der effektiven und der hypothetischen Zahl einen deutlichen Hinweis auf eine höhere und gegenüber 1970 gestiegene Fruchtbarkeit der ausländischen Frauen gibt. Letzteres wird schon ohne weiteres sichtbar an der erheblichen Zunahme der Geborenen aus reinen Ausländer-ehen um 69%, die weit über die Zunahme der ausländischen Bevölkerung hinausgeht.

Verwendet man die für das Jahr 1971 und für Schleswig-Holstein errechneten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern - die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer⁹ ist von 73,3 (1970) auf 69,1 (1971) gesunken -, so vergrößert sich der Abstand zwischen effektiver Zahl und Erwartungszahl auf 14%. Das weist auf eine zunehmende Differenzierung des generativen Verhaltens der deutschen und der hier lebenden ausländischen Bevölkerung hin.

Die interessanteste und problemreichste Gruppe unter den Ausländern sind zur Zeit die Gastarbeiter. Über ihr generatives Verhalten ist heute wenig bekannt. Sie kommen zu großen Teilen aus einer Welt, in der die vorindustrielle Lebensweise vorherrscht und der Lebensstandard vergleichsweise niedrig ist. Die demografischen Daten ihrer Heimatländer sind durch höhere, zum Teil recht hohe Geburtenziffern und hohe Säuglingssterblichkeit bestimmt.

Der ausländische Gastarbeiter wird durch die staatliche Anwerbungs- und Vermittlungsaktion in eine völlig andere Welt, in der ein fremdes Wirtschafts- und Sozialsystem herrscht, gesetzt. Die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit erleichtern zwar die Überwindung der Hemmnisse und Schwellen,

die normalerweise einem Wanderungsentschluß entgegenstehen, sie können aber nicht verhindern, daß der Gastarbeiter in der neuen Umwelt der Bundesrepublik erst einmal völlig verwirrt steht und, losgelöst von allen bisherigen Bindungen, erst langsam mit den neuen Verhältnissen vertraut wird. Es ist klar, daß über das generative Verhalten von Bevölkerungen, die sich in einem kaum zu definierenden Übergangszustand befinden, nur sehr schwer verallgemeinernde Aussagen gemacht werden können. Vielfältige Verhaltensweisen der hier lebenden Ausländer sind denkbar und dürften auch weitgehend simultan - je nach Aufenthaltsdauer - vorkommen.

Familiäre Beziehungen werden anfangs zurückgestellt, da der Wunsch, intensiv zu arbeiten und Geld zu verdienen, um bald mit Ersparnissen in die Heimat zurückkehren zu können, dominiert. Der schrittweisen Annahme des höheren Lebensstandards folgt häufig der Wunsch, im Gastland Existenz und Familie zu gründen oder die Familie aus dem Heimatland nachzuholen. Es ist zu vermuten, daß in diesen Familien der ersten Generation im Ausland die generative Verhaltensweisen ihrer Heimatländer - hohe Kinderzahlen - noch weiterwirken. Im Laufe der Zeit wird es jedoch zur Anpassung an die Verhaltensweisen der durch die Industrieländer geprägten ansässigen Bevölkerung kommen, zur Angleichung an ihre generative Struktur, das heißt schließlich zu einem Einschwenken in die rückläufigen Geburtenziffern der Industrieländer. Wie schnell sich diese Anpassungsvorgänge vollziehen, läßt sich nicht absehen, sicherlich geschieht dies nicht in der Generation der Einwandernden.

Stärkere Beobachtung als bisher erscheint daher notwendig, sie sollte sich nicht nur auf die ökonomischen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Ausländerbeschäftigung erstrecken, die sich in der Bundesrepublik und in unserem Lande vollziehen, sondern sollte zur Vermeidung von Fehlentwicklungen - nicht zuletzt im Interesse der zu uns gekommenen Menschen und ihrer Heimatländer - auch die demografischen Tendenzen stärker als bisher einbeziehen.

Gerhard Muske

⁹ Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis einschließlich 44 Jahren

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht A 1 4 enthalten. Vergleiche auch: "Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 92 (Februar)

Regionale Lohnunterschiede 1969

Die Arbeitsstättenzählung 1970 enthielt unter anderen erstmals auch die Frage "Geben Sie bitte die Summe der für das Kalenderjahr 1969 gezahlten Löhne und Gehälter an". Da zugleich auch die Zahl der Arbeitnehmer ermittelt wurde, entstand die Möglichkeit, für jede Zusammenfassung von Arbeitsstätten, sei es nach wirtschaftlichen oder regionalen Merkmalen, auch den durchschnittlichen Entlohnungsaufwand je Arbeitnehmer auszurechnen. Während Statistiken über Löhne und Gehälter in wirtschaftlicher Gliederung schon seit langem existieren, sind Angaben über Durchschnittsverdienste in regionaler Gliederung in der amtlichen Statistik neu. Sie können aus den laufenden Lohnstatistiken nicht gewonnen werden, da die Zahl der einbezogenen Arbeiter und Angestellten für Regionen von der Größe eines Kreises, Amtes, Nahbereiches oder gar einer Gemeinde im allgemeinen zu klein ist.

Diese Aussage muß allerdings sogleich ergänzt werden, um Mißverständnisse auszuschließen. Die Anzahl der für die Lohnstatistik - eine Stichprobenerhebung - in einem Kreis herangezogenen Arbeiter und Angestellten ist sicher groß genug, um das durchschnittliche Arbeitsentgelt aller Arbeiter und Angestellten in diesem Kreis mit hinreichender Genauigkeit, also etwa auf 5% genau, zu ermitteln. Das Problem liegt nicht in der stichprobentheoretischen Repräsentanz, sondern in der Sache. Die Benutzung dieses Durchschnittsentgelts des Kreises A läge doch darin, es mit den Durchschnittsentgelten der Kreise B, C, D zu vergleichen und daraus die Erkenntnis zu ziehen, wo "man am meisten verdient". Nur eine so formulierte Erkenntnis wäre relevant für den Arbeitnehmer, dem ein Umzug bevorsteht, oder für die Gewerkschaft und die Regierung, die durch politisches Handeln gleiche Lebensverhältnisse in allen Gegenden schaffen will. Gerade so wie oben geschehen kann aber die anstehende Erkenntnis nicht formuliert werden, denn der Durchschnitt umschließt sehr heterogene Elemente, nämlich verschieden qualifizierte Arbeitnehmer, verschieden florierende Branchen, verschieden rentable Unternehmen, um nur die wichtigsten Momente zu nennen. Sobald aber die Aussage "im Kreis B verdient man 20% mehr als im Kreis A" die Entgegnung hervorruft "Kein Wunder, denn im Kreis B arbeiten 35% bei den großen Unternehmen der expansiven X-Branche und sind zu 70% Facharbeiter, aber im Kreis A dominieren die marktschwachen Kleinbetriebe der Y und Z-Branche, bei denen 50% ungelernete Frauen sind" - dann ist die

Aussage wertlos für den persönlichen und nur bedingt sinnvoll für den politischen Zweck.

Der regionale, globale Lohnvergleich allein kann nicht mehr als die reine Tatsache vermitteln, daß die Arbeitsentgelte von Gebiet zu Gebiet einen verschieden hohen Durchschnittsbetrag erreichen, und er kann deshalb nur für entsprechende Fragen als Arbeitsmittel dienen, etwa bei der Untersuchung des örtlich verschieden hohen Lohnsteueraufkommens, und als Anstoß für weitere Untersuchungen. Für alle das Lohngefüge selbst betreffenden oder auf seine Änderung zielenden Untersuchungen müßten die Regionalzahlen zusätzlich nach den wichtigsten weiteren lohnbestimmenden Merkmalen differenziert werden.

Solche Untergliederung jedoch scheitert nicht nur in der bestehenden repräsentativen Lohnstatistik an der dafür zu geringen Besetzung, sondern sie würde auch bei einer Totalerhebung nicht vollständig möglich sein, weil die Erhebungsobjekte selbst, die Löhne und Gehälter, nicht genügend zahlreich sind, um sie in jeder sachlich relevanten und regional gewünschten Gliederung zugleich zu Durchschnitten zusammenzufassen.

Es wäre ein Statistik-Konzept denkbar, das wenigstens kompromißweise zu brauchbaren Aussagen führen würde. Es müßten auf beiden Seiten Abstriche an den Wünschen nach tiefer Gliederung hingenommen werden. Auf der regionalen Seite müßten möglichst große, aber für Regionaluntersuchungen eben noch brauchbare Gebiete geschaffen werden, vielleicht 30 für das Land Schleswig-Holstein. Auf der sachlichen Seite dürften außer dem Geschlecht nur etwa 4 Qualifikationsstufen (teilweise für Arbeiter und Angestellte gemeinsam) und etwa 10 Gruppen in wirtschaftssystematischer Hinsicht (von Experten gemäß Markt- und Absatzlage, Investitionen, spezifischem Umsatz u. ä. abgegrenzt) unterschieden werden. Die so entstehenden 2 400 Gruppen können bei zweckmäßig abgestuften Auswahlätzen und einer Erhebung von zusammen etwa einem Drittel der vorhandenen Arbeitnehmer zum großen Teil ausreichend besetzt sein, um die ermittelten Durchschnittsverdienste miteinander vergleichen zu können. In vielen Gegenden und Branchen wäre dazu allerdings der Auswahlatz 100%, also eine Totalerhebung erforderlich. Günstiger liegen die Verhältnisse nun einmal leider nicht, wie sich leicht überschlagen läßt: Bei etwa 715 000 Arbeitnehmern, von denen ein Drittel einbezogen wird, stehen im Mittel für jede der 2 400 Gruppen etwa 100 Personen zur Verfügung.

Erfahrungsgemäß schwanken aber die Gruppenbesetzungen mehr oder weniger stark, und ein aussagefähiger Durchschnitt sollte auf mindestens 50 Fällen beruhen. Einer laufenden Erhebung nach diesem oder ähnlichem Muster steht vor allem der Aufwand auf Seiten der berichtspflichtigen Betriebe entgegen. Es ist allerdings eine Zeit denkbar, in der es Kopfschütteln hervorrufen wird, daß man für statistische Zwecke besondere Formulare ausfüllen mußte, obwohl im Betrieb schon fast dieselben Angaben für die Abführung von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen benutzt wurden.

Die eingangs erwähnten, 1970 erstmals (für 1969) erhobenen Zahlen können aus den ausgeführten Gründen nur ein beschränktes Interesse finden. Bezüglich des naheliegenden Vergleichs mit den Ergebnissen der laufenden Verdiensterhebungen, z. B. in Industrie und Handel, sind keine wesentlichen Unterschiede im Begriff des Lohnes oder Gehalts zu bedenken. Wohl aber haftet der Bildung des Jahresdurchschnittsbetrages aus der Arbeitsstättenzählung 1970 ein Manko an: die DM-Beträge gelten für das - allein abgeschlossene - Jahr 1969, rechnerisch bezogen werden sie aber auf die Zahl der am 27. 5. 1970 beschäftigten Arbeitnehmer. Wenn dabei auch vorübergehend Abwesende, Kranke und Urlauber mitzuzählen waren, so bleibt doch eine gewisse Unsicherheit bestehen. Diese Unsicherheit wird nicht von der differierenden Zeit als solcher genährt - die Lohnsumme kann anhand anderer Ergebnisse global um ein Jahr fortgeschätzt oder die Beschäftigtenzahl zurückgeschätzt werden - sondern davon, daß die Aussagen sich nicht auf ein inselhaft geschlossenes System beziehen, wo schließlich die Summe aller Löhne und Gehälter immer von derselben Summe aller Arbeiter und Angestellten verdient wird. Schon Schleswig-Holstein als Ganzes unterliegt lebhaften Veränderungen durch das angrenzende Hamburg, durch den Zuzug ausländischer Arbeiter und andere Umstände. In höherem Maße gelten solche Umstände für kleinere Gebiete. Von Einfluß sind dabei nicht nur die summarischen Veränderungen, sondern auch die strukturellen. Die Arbeitnehmer 1970 sind nicht nur mehr oder weniger als 1969, sondern auch andere und anders zusammengesetzt in Bezug auf die schon erwähnten lohnbestimmenden Merkmale. Das gleiche gilt für die Lohnsumme des einen und des anderen Jahres. Praktisch folgt daraus: Wenn ein für ein bestimmtes Gebiet aus der Arbeitsstättenzählung stammendes Durchschnittsentgelt dadurch berichtigt werden sollte, daß man es nach Maßgabe der Lohnsteigerung von 1969 auf 1970 in einem konstanten Erhebungskreis

hochrechnet, dann wäre das Ergebnis mit großer Wahrscheinlichkeit anders als wenn man von vornherein echte Zahlen für 1970 benutzt hätte. Wenn aber jedes einzelne Ergebnis in sich unsicher ist, dann ist es auch der Vergleich der Ergebnisse für die Gebiete miteinander. Dies ist das oben bezeichnete Manko der regionalen Durchschnittsentgelte aus der Arbeitsstättenzählung.

Im folgenden werden trotz aller Einwände die Zahlen gebracht und miteinander verglichen. Sie sind ohnehin der Standardveröffentlichung¹ über die Arbeitsstättenzählung zu entnehmen. Sie ergeben zum Teil regionale Abstufungen, die mit großer Wahrscheinlichkeit größer sind als die beschriebenen Unsicherheiten. Hier beginnt die schwierige Aufgabe des fachkundigen Interpreten. Ihm dabei zu helfen, ist der Sinn der obigen kritischen Äußerungen.

Das Durchschnittsentgelt für das Land, mit dem die Werte für die einzelnen Regionen, hier die 103 Nahbereiche des Landesraumordnungsberichts 1971, verglichen werden und von wo her diese ihre Wertigkeit als lohnstarkes oder lohnschwaches Gebiet beziehen, beträgt 10 800 DM, also genau 900 DM im Monat. Aus der Verdiensterhebung in Industrie und Handel, im Handwerk und im öffentlichen Dienst errechnet sich vergleichsweise ein Betrag von etwa 1 100 DM als gewichteter durchschnittlicher Arbeitsverdienst. Während sich der niedrigere Betrag auf 715 000 Arbeitnehmer bezieht, die im Rahmen der Arbeitsstättenzählung nachgewiesen wurden, gilt der höhere Betrag für etwa 356 000 Arbeitnehmer der Wirtschaftsabteilungen 1 - 4, 6 und 9, die durch die drei genannten Verdiensterhebungen repräsentiert werden.

In den von diesen drei Verdiensterhebungen erfaßten Wirtschaftsabteilungen 1 - 4, 6 und 9 waren aber laut Arbeitsstättenzählung 584 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Die überschießenden 228 000 Arbeiter und Angestellten dürften neben Teilbeschäftigten und Lehrlingen noch andere sein, die aus verschiedenen Gründen keine volle Leistung erbringen und deshalb keinen vollen Normalverdienst erzielen. Je 100 "Vollverdiener" ist also mit 64 "Teilverdienern" zu rechnen. Wenn aber alle 164 Verdiener auf einen Durchschnitt von 900 DM kamen und 100 von ihnen auf einen solchen von 1 100 DM, dann können die 64 "Teilverdiener" im Mittel höchstens 600 DM erreicht haben². Neben den Teilzeitbeschäft-

¹ Gemeindeergebnisse im Stat. Bericht D/Arbeitsstättenzählung 1970 - 2, Landesergebnisse im gleichnamigen Stat. Bericht - 3

² $164 \times 900 = 147\ 600$
 $\frac{100 \times 1\ 100 = 110\ 000}{64} \quad 37\ 600 : 64 = 587$

tigten und Lehrlingen dürften hier vor allem noch alle diejenigen zu finden sein, die nur einen Teil des Jahres lang beschäftigt waren und deshalb, vom Jahresverdienst auf den Monat umgerechnet, auf geringe Beträge kommen. Ein Arbeitnehmer mit sechseinhalb Monaten vollem Verdienst von 1 100 DM bringt es im Jahresdurchschnitt nur noch auf 600 DM je Monat. Hinzu kommt, daß solche Saisonbeschäftigten und Saisonarbeitsplätze gewiß nicht im oberen Bereich der Verdienststreuung liegen. Die oben gemachte Annahme von 64 Teil- auf 100 Vollverdiener kann - mangels besserer Unterlagen - auch auf die Gesamtheit der 715 000 Arbeitnehmer ausgedehnt werden, was 280 000 Teilverdiener ergibt. Ein großer Teil von ihnen läßt sich nachweisen, wenn man die 55 000 Lehrlinge und etwa 63 000 Teilzeitbeschäftigten aus der Arbeitsstättenzählung addiert und die Auskunft der Lohnsteuerstatistik heranzieht, daß mindestens 15% aller Steuerpflichtigen, das sind weitere 110 000 Personen, unterjährig beschäftigt sind. In

diesem Zusammenhang ist auch an die - in den Verdienststatistiken nicht enthaltenen - Arbeitnehmer zu denken, die im Laufe des Erhebungsmonats eingestellt oder entlassen worden sind. Solche "Wechsler" zählten bei der Arbeitsstättenzählung mit. Ferner spielt eine - in ihrem Ausmaß unbekannte - Rolle, daß die Arbeitsstättenzählung genaugenommen Beschäftigungsfälle und nicht Menschen zählt, was immer dann zur Doppelzählung führt, wenn jemand an zwei (oder mehr) Arbeitsplätzen tätig ist, z. B. als Putzfrau, Bedienerin oder Lehrer. Eine von mehreren Tätigkeiten kann dabei durchaus eine Vollzeitbeschäftigung sein.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Differenz von 200 DM Monatsverdienst zwischen der Ermittlung im Rahmen der Arbeitsstättenzählung und der in den eigentlichen Verdienststatistiken kein Anlaß ist, eine der beiden Zahlen für falsch zu halten. Sie spiegeln vielmehr die sehr verschiedenen Konzepte beider Ermittlungen, deren erste jede über-

Nahbereich			Nahbereich			Nahbereich			
Nr.	Name	Lohn- und Gehalts-summe 1969 in DM je Arbeitnehmer am 27. 5. 1970	Nr.	Name	Lohn- und Gehalts-summe 1969 in DM je Arbeitnehmer am 27. 5. 1970	Nr.	Name	Lohn- und Gehalts-summe 1969 in DM je Arbeitnehmer am 27. 5. 1970	
		Platz in der Rang-reihe			Platz in der Rang-reihe			Platz in der Rang-reihe	
1	Burg auf Fehmarn	9 802	56	36 Schwarzenbek	10 142	33	71 Wesselburen	10 090	36
2	Schönberg (Holstein)	9 309	82	37 Büchen	11 424	7	72 Heide	9 931	50
3	Heiligenhafen	9 470	74	38 Geesthacht	11 011	13	73 Tellingstedt	8 227	101
4	Kiel	11 488	6	39 Lauenburg/Elbe	10 608	22	74 Nortorf	9 207	85
5	Lütjenburg	9 315	81	40 Süderlügum	9 428	75	75 Büsum	9 368	79
6	Oldenburg in Holstein	9 934	48	41 Niebüll	10 084	37	76 Meldorf	10 745	19
7	Preetz	9 536	67	42 Leck	10 578	23	77 Albersdorf	9 590	65
8	Lensahn	9 516	70	43 Schafflund	9 817	54	78 Hanerau-Hademarschen	9 383	78
9	Grube	8 270	99	44 Flensburg	10 760	17	79 Hohenwestedt	10 392	26
10	Bordesholm	9 979	46	45 Sörup	9 094	87	80 Marne	9 029	91
11	Wankendorf	9 512	72	46 Steinbergkirche	9 699	62	81 St. Michaelisdonn	10 169	31
12	Plön	9 864	53	47 Gelting	8 248	100	82 Burg (Dithmarschen)	9 987	44
13	Eutin	10 023	41	48 Bredstedt	8 991	92	83 Wacken	9 773	60
14	Neustadt in Holstein	10 045	39	49 Viöl	9 330	80	84 Schenefeld	9 527	69
15	Grömitz	7 017	103	50 Tarp	10 251	28	85 Hohenlockstedt	9 485	73
16	Neumünster	10 758	18	51 Satrup	10 180	30	86 Kellinghusen	9 815	55
17	Bornhöved-Trappenkamp	9 787	58	52 Böklund	10 111	35	87 Brunsbüttel	10 986	14
18	Ahrensböök	10 159	32	53 Süderbrarup	8 061	102	88 Wilster	9 535	68
19	Timmendorfer Strand	8 979	93	54 Kappeln	9 417	76	89 Itzehoe	11 225	9
20	Bad Segeberg	10 132	34	55 Husum	9 795	57	90 Bad Bramstedt	9 102	86
21	Leezen	9 725	61	56 Ostenfeld (Husum)	9 224	84	91 Krempe	10 025	40
22	Reinfeld (Holstein)	9 572	66	57 Silberstedt	9 402	77	92 Horst (Holstein)	9 515	71
23	Lübeck	11 142	10	58 Schleswig	11 060	11	93 Barmstedt	10 020	42
24	Kaltenkirchen	9 979	45	59 Eckernförde	9 787	59	94 Glückstadt	10 528	25
25	Nahe-Itzstedt	10 071	38	60 Garding	8 916	96	95 Elmshorn	11 056	12
26	Bad Oldesloe	9 932	49	61 Tönning	10 539	24	96 Quickborn	10 860	15
27	Norderstedt	12 177	3	62 Friedrichstadt	10 267	27	97 Uetersen	11 241	8
28	Bargteheide	10 784	16	63 Erfde	9 069	89	98 Pinneberg	11 665	4
29	Berkenthin	9 600	64	64 Kropp	8 381	98	99 Wedel (Holstein)	12 555	1
30	Ahrensburg	12 392	2	65 Gettorf	9 030	90	100 Westerland	10 237	29
31	Sandesneben	9 671	63	66 Lunden	9 870	52	101 Wyk auf Föhr	9 285	83
32	Ratzeburg	10 661	20	67 Hennstedt	8 921	95	102 St. Peter-Ording	8 563	97
33	Trittau	9 991	43	68 Hohn	9 881	51	103 Helgoland	8 972	94
34	Mölln	9 962	47	69 Rendsburg	10 617	21			
35	Reinbek	11 527	5	70 Felde	9 088	88			
							Insgesamt	10 798	

haupt beschäftigte Person einschloß, während die zweite sich auf volle Normalverdiener beschränkt.

Nachdem nun die Zahlen in jeder nötigen Weise erklärt und dadurch hoffentlich vor irrtümlicher Deutung geschützt sind, sollen sie in der Tabelle geboten werden (siehe vorige Seite).

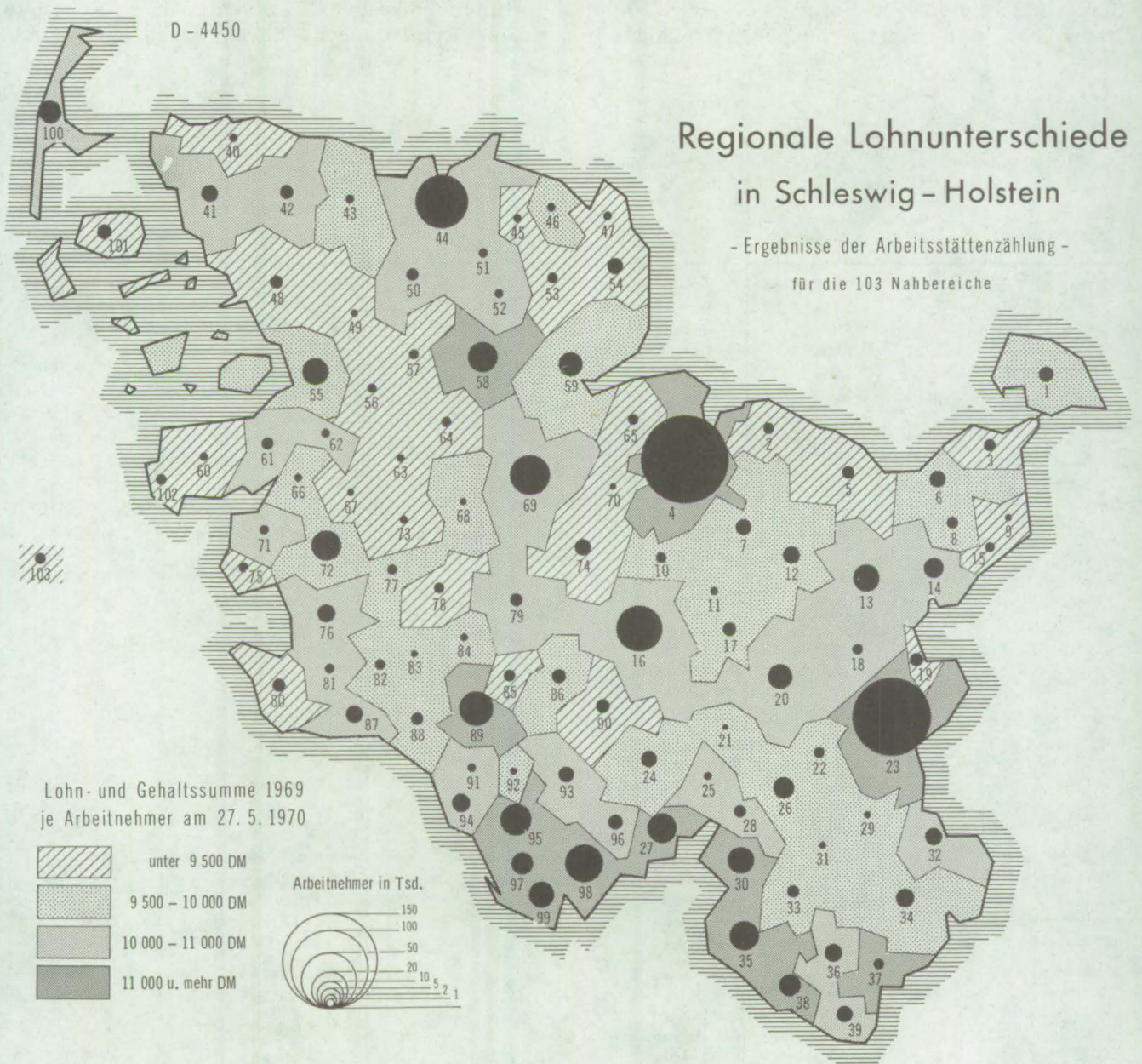
Ordnet man die 103 Nahbereiche in der Reihenfolge ihres Wertes an (also anders als in der Tabelle) so ergibt sich augenfällig, wie verschieden groß, oder hier besser passend: verschieden gewichtig die einzelnen Gebiete sind. Der Landes-Durchschnittswert liegt nämlich zwischen der 15. und 16. Stelle, woraus folgt, daß die ersten 15 Nahbereiche mehr Beschäftigte aufweisen müssen als die restlichen 88, zumal vom Spitzenwert bis zum Mittelwert der Abstand 1 760 DM, von

diesem bis zum Endwert aber 3 780 DM beträgt. Die einzelnen Beträge beginnen mit 12 555 DM (Wedel) und enden mit 7 017 DM (Grömitz). Der Medianwert, also der 52. in der Rangreihe, lautet 9 870 DM. Der Umstand, daß er um 930 DM oder 9% unter dem arithmetischen Mittelwert liegt, beweist ebenfalls die Schiefe der Verteilung.

Die ersten 15 Nahbereiche umfassen Schleswig, Kiel, Lübeck, Brunsbüttel, Itzehoe, die 7 Nahbereiche des Ringes um Hamburg, ferner Uetersen, Elmshorn und Büchen. In diesen 15% aller Gebiete werden 56% der gesamten Lohnsumme des Landes an 53% sämtlicher Beschäftigten gezahlt, so daß jedes dieser Gebiete einen überdurchschnittlichen Betrag aufweist. In den übrigen 85% der Nahbereiche kommen entsprechend 44% der gesamten Lohnsumme mit einem unterdurchschnittlichen

Regionale Lohnunterschiede in Schleswig - Holstein

- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -
für die 103 Nahbereiche



Betrag an 47% sämtlicher Arbeitnehmer zur Verteilung. Diese Zahlen geben eine Vorstellung von den regionalen Unterschieden der wirtschaftlichen Leistungskraft, die recht erheblich, und von denen der Durchschnittslöhne, die noch bemerkenswert sind.

Die angemessene Darstellungsform für Aussagen, die sich auf räumliche Gebilde beziehen, ist ohne Zweifel die Karte. Erst sie macht solche Ergebnisse unmittelbar evident.

Trotz der generalisierten Kartenzeichnung und der ziemlich groben Klassenbildung von nur 4 Klassen bedarf es längeren Hinsehens, bis sich die Nahbereiche zu größeren Räumen gleichen Lohnniveaus zusammenschließen. Es sind dies in erster Linie der Hamburger Ring mit seinem von Hamburg her bestimmten hohen Niveau, der Geeststreifen von Bredstedt bis hinab nach Tellingstedt mit niedrigem Lohnniveau und gleiche Verhältnisse in Angeln, dem Streifen von Gettorf bis Nortorf und in der Probstei und Lütjenburg. Von den Flächen mit mittlerem Lohnniveau fällt zuerst der "weite Ring um Kiel" auf, also Rendsburg, Hohenwestedt, Neumünster, Segeberg, Ahrensböök, Eutin, Neustadt, die alle der oberen Mittelgruppe angehören. Nur durch das zur Spitzengruppe gehörende Schleswig getrennt, gehört auch der Raum Flensburg hierzu, wie auch Teile des alten Südtondern und der Westküstenstreifen ohne die zur unteren Gruppe gehörenden "Landnasen", schließlich einige Übergangsflächen am Ring um Hamburg. Die untere Mittelgruppe bildet zwischen Hamburg und Lübeck einen Streifen, der mit Ausnahme von Ratzeburg den grünen Südosten

des Landes umfaßt, ebenso die Holsteinische Schweiz mit den westlichen Anrainern, das ähnlich gelagerte Schwansen und ein Westküstengebiet, das von Lunden und Holm im Norden bis nach Wilster herunterreicht.

Bei der Betrachtung der Karte, die in ihren Flächenschraffuren einen Quotienten zum Ausdruck bringt, können sich infolge der verschiedenen Größen und Formen der Flächen leicht irriige Vorstellungen einstellen. Die Flächengröße bedeutet ja nichts, wirkt aber unvermeidlich. Um dem entgegenzuwirken, wurden für jeden Nahbereich als Kreisfläche die in die Berechnung eingegangenen Arbeitnehmer eingezeichnet. Die Größe dieser schwarzen Kreise zeigt an, wieviel Personen jeweils in einer Zone mit bestimmtem Lohnniveau arbeiten.

Entgegen der unreflektierten Erwartung liegen im Lande manchmal auch Gebiete stark divergierenden Lohnniveaus nebeneinander, ohne Übergangszone mit mittlerem Niveau (z. B. Kiel mit seinen westlichen und östlichen Anschlußräumen). Warum ist das so? Würden sich die erwarteten Übergangszonen vielleicht zeigen, wenn die räumlichen Einheiten kleiner gewählt, also Gemeinden untersucht würden?

Dieser Aufsatz sollte nicht als ein fertiges Ergebnis oder eine abschließende Aussage angesehen werden. Die Absicht war vielmehr, einige Aspekte und Fallstricke dieses Teilgebiets der Sozialstatistik zu zeigen und das Material so darzustellen, daß sinnvolle Fragen gestellt werden können.

Arnold Heinemann

Die Schweinehaltung in Schleswig-Holstein 1971

Nach der Rinderhaltung ist in den landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins die Schweinehaltung am weitesten verbreitet. Etwa zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins, von den mittelbäuerlichen Betrieben zwischen 20 und 50 ha LF sogar über drei Viertel, hielten im Jahre 1971 Schweine.

Nach Berechnungen des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten machte der Produktionswert der Schweinehaltung in Schleswig-Holstein im Wirtschaftsjahr 1970/71 707 Mill. DM (1969/70: 813 Mill. DM) aus.

Das ist etwa ein Viertel des Gesamtproduktionswertes der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft und gut das Doppelte des Getreideproduktionswertes. Diese wenigen Zahlen dürften bereits die große Bedeutung dieses Betriebszweiges für die hiesige Landwirtschaft, insbesondere für den bäuerlichen Betrieb, klar werden lassen.

Über die Struktur der Schweinehaltung hat die Landwirtschaftszählung 1971 wieder neuere Daten geliefert, von denen nachfolgend einige herausgestellt und erläutert werden sollen. Da der Begriff "Struktur" sehr umfassend

verstanden werden muß, können im Rahmen eines Aufsatzes verständlicher Weise nur Teilaspekte gebracht werden.

Verbreitung der Schweinehaltung in den Naturräumen

Naturraum	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt ¹	und zwar mit		
		darunter mit Schweinen	Mast-schweinen	Zucht-sauen
		in %		
Nördliche Marsch	2 954	44,7	26,3	28,1
Südliche Marsch	3 608	55,2	40,2	35,4
Nördliche Hohe Geest	4 940	64,6	40,7	46,1
Südliche Hohe Geest	9 358	60,8	46,7	38,9
Nördliche Vorgeest	3 757	66,4	45,7	43,2
Südliche Vorgeest	3 214	68,1	54,0	43,3
Nördliches Hügelland	5 607	71,6	58,1	43,9
Südliches Hügelland	9 938	66,1	52,3	44,1

1) ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) sowie kleinere Betriebe (auch ohne LF), in denen mindestens 4 000 DM Marktproduktion pro Jahr erreicht wurden

Die Ergebnisse für die jeweils in Nord und Süd unterteilten Hauptnaturräume sollen die regionale Verbreitung in Schleswig-Holstein kennzeichnen. Vorweg läßt sich sagen, daß die Schweinehaltung in allen Regionen des Landes verbreitet und von Bedeutung ist. Unterschiede im Ausmaß der Verbreitung und in der Struktur der Schweinehaltung je nach Landschaft sind jedoch erkennbar.

Am geringsten verbreitet ist die Schweinehaltung in der nördlichen Marsch, hier wiederum auf den Nordfriesischen Marschinseln und in der Eiderstedter Marsch. In diesen beiden Naturräumen hat nur jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb Schweine. Die Betriebe der Marschinseln waren seit jeher mehr auf Rinder- und Schafhaltung (z. B. auf den Halligen) oder auf Ackerwirtschaft (Nordstrand) ausgerichtet und auch auf der Halbinsel Eiderstedt überwog traditionell aufgrund der Boden- und Besitzverhältnisse die Rinderhaltung. Für Schweinehaltung fehlte es sehr häufig an Gebäuden.

Auch in der südlichen Marsch erreicht die Schweinehaltung nicht die Verbreitung wie auf der Geest und im Hügelland. In den Gründlandgebieten Dithmarschens und der Elbmarschen dürften ähnliche Gründe maßgebend sein, wie in Eiderstedt. In den Ackermarschen Dithmarschens dürften der Feldgemüseanbau (Kohl), in den Elbmarschen der Gemüseanbau (im Glückstädter Raum) und der Obstbau als arbeitsintensive Betriebszweige die vorhandenen Arbeitskräfte voll ausgelastet haben, so daß eine stärkere Verbreitung der Schweinemast nicht möglich oder nicht sinnvoll erschien.

In den übrigen Regionen halten mindestens 60% aller landwirtschaftlichen Betriebe - bis zu 72% im nördlichen Hügelland - Schweine. Hier ist es vor allem der Naturraum Angeln, in dem sogar 75% aller landwirtschaftlichen Betriebe Schweine halten.

Während in den meisten Regionen die Mast-schweinehaltung stärker verbreitet ist, als die Zuchtsauenhaltung, überwiegt in den nördlichen Teilen der Hohen Geest und der Marsch die Zuchtsauenhaltung, in der letztgenannten Region allerdings mit unterdurchschnittlichen Bestandsgrößen.

Durchschnittliche Bestandsgrößen in den Naturräumen

Naturraum	Schweine insgesamt	Mastschweine	Zuchtsauen
Nördliche Marsch	47	43	9
Südliche Marsch	65	55	9
Nördliche Hohe Geest	39	28	7
Südliche Hohe Geest	54	41	10
Nördliche Vorgeest	44	36	7
Südliche Vorgeest	62	48	10
Nördliches Hügelland	80	64	11
Südliches Hügelland	71	53	12

Die durchschnittlichen Bestandsgrößen schwanken erheblich zwischen den Regionen. An der Spitze liegen hier das nördliche Hügelland mit Durchschnittsgrößen von 80 Schweinen insgesamt (einschl. Ferkel), 64 Mastschweinen und 11 Zuchtsauen, und das südliche Hügelland mit 71 Schweinen insgesamt, 53 Mastschweinen und 12 Zuchtsauen. Zu nennen wäre noch die südliche Marsch mit recht großen Mastschweinebeständen, jedoch mehr kleinen Zuchtsauenbeständen.

Am niedrigsten liegen die durchschnittlichen Bestandsgrößen in den nördlichen Geestgebieten. Aber auch die Durchschnittsbestände dieser Regionen Schleswig-Holsteins liegen noch weit über dem Bundesdurchschnitt. 1971 betrug die Durchschnittsgröße aller Schweinehaltungen im Bundesgebiet 26 Schweine insgesamt. Die 350 000 Zuchtsauenhaltungen im Bund hatten im Durchschnitt nur 6 Sauen.

Zu diesen durchschnittlichen Bestandsgrößen sei abschließend im Hinblick auf die Betrachtungen über die Betriebsgrößenklassen bemerkt, daß Durchschnittsgrößen nur wenig aussagen über die Struktur der Haltungen selber; hierzu müßte man die Verteilung nach Bestandsgrößenklassen betrachten. Auf eine solche Betrachtung wird jedoch in diesem Aufsatz verzichtet. Es sollen hier lediglich die gravierenden Unterschiede zwischen den Regionen und zwischen den Betriebsgrößen-

klassen nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche aufgezeigt werden.

Durchschnittliche Bestandsgrößen in den Betriebsgrößenklassen

Verbreitung der Schweinehaltung in den Betriebsgrößenklassen

Größenklasse nach der LF in ha	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt ¹	und zwar mit		
		darunter mit Schweinen	Mast-schweinen	Zucht-sauen
		in %		
0 - 10	13 850	41,7	26,7	24,5
10 - 20	6 890	71,7	49,7	51,3
20 - 30	8 376	78,1	58,8	55,5
30 - 50	9 440	74,9	60,1	48,6
50 - 100	4 086	67,8	60,3	37,2
100 und mehr	734	50,1	46,0	25,1
Insgesamt	43 376	63,3	47,3	41,2

Größenklasse nach der LF in ha	Schweine insgesamt	Mastschweine	Zuchtsauen
0 - 10	28	23	6
10 - 20	35	22	7
20 - 30	49	33	9
30 - 50	72	52	12
50 - 100	134	108	16
100 und mehr	342	268	47
Insgesamt	60	47	10

1) ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) sowie kleinere Betriebe (auch ohne LF), in denen mindestens 4 000 DM Marktproduktion pro Jahr erreicht wurden

Die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes - hier gemessen an seiner landwirtschaftlich genutzten Fläche - hat, wie die in der Übersicht dargestellten Ergebnisse zeigen, immer noch erheblichen Einfluß darauf, ob und in welchem Umfang Schweine gehalten werden. Obwohl die Schweinehaltung, insbesondere die Schweinemast, flächenunabhängig ist, d. h. nicht, wie die Rinderhaltung, vom Vorhandensein landwirtschaftlich genutzter Flächen als Futtergrundlage abhängig, ergibt sich in der Verbreitung der Schweinehaltung in den einzelnen Betriebsgrößenklassen und in den Bestandsgrößen ein grundsätzlich ähnliches Bild, wie es bereits für die Rinderhaltung (Milchkuhhaltung) dargestellt wurde¹.

Am verbreitetsten ist die Schweinehaltung in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben zwischen 10 und 50 ha LF. Diese Betriebe halten zu 70 bis 80% Schweine und zwar zu 50 bis 60% Mastschweine und zu etwa 50% Zuchtsauen.

Wenngleich - wie gesagt - die Schweinehaltung auch unabhängig von landwirtschaftlicher Nutzfläche betrieben werden kann, so gibt es in der Praxis doch noch sehr deutliche Beziehungen zwischen Fläche der Betriebe und Bestandsgrößen in der Schweinehaltung.

Lediglich bis zu 20 ha LF sind die Unterschiede zwischen den Betriebsgrößenklassen nicht sehr groß, da hier eine Reihe sehr großer gewerblicher Schweinehaltungen die durchschnittlichen Bestandsgrößen nach oben beeinflusst.

Von der Stufe 20 ha LF an steigen allerdings die durchschnittlichen Bestandsgrößen von

Betriebsgrößenklasse zu Betriebsgrößenklasse sehr deutlich an. Hierfür sind verschiedene Gründe denkbar. Vor allem dürften die bessere Gebäudeausstattung und die leichteren Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten die großen Betriebe eher in die Lage versetzen, größere Mastschweine - oder auch Zuchtsauenbestände aufzubauen und zu halten. Hinzu kommen wohl auch traditionelle Gründe. Ohne auf die Bestandsgrößen im einzelnen einzugehen, sei jedoch erwähnt, daß es 12 Betriebe unter 10 ha LF gibt, die 600 und mehr Mastschweine halten und 7 Betriebe unter 10 ha LF mit 100 und mehr Zuchtsauen. Andererseits gibt es 31 Betriebe mit 100 und mehr ha LF, die nur 1 bis 9 Mastschweine (wohl ausschließlich zur Eigenversorgung) halten.

Die große Menge der Ferkel wird allerdings in Betrieben zwischen 20 und 50 ha LF und in Bestandsgrößen zwischen 5 und 49 Zuchtsauen produziert. Die Hauptmenge der Mastschweinproduktion stammt aus Betrieben zwischen 20 und 50 ha LF und Beständen zwischen 10 und 100 Tieren, zu nennenswerten Anteilen aber auch schon aus Beständen von 100 bis 400 und mehr Mastschweinen.

Die Entwicklung der Schweinehaltung in den landw. Betrieben ab 2 ha LF (LN) von 1960 bis 1971

	1960	1971	Veränderung in %
Schweinehaltung			
Betriebe	42 090	25 224	- 40
Schweine insgesamt	1 138 073	1 579 689	+ 39
Schweine je Haltung	27	63	+ 133
Mastschweinehaltung			
Betriebe	30 985	19 020	- 39
Mastschweine insgesamt	629 168	924 058	+ 47
Mastschweine je Haltung	20	49	+ 145
Zuchtsauenhaltung			
Betriebe	31 182	16 646	- 47
Zuchtsauen insgesamt	138 197	167 199	+ 21
Zuchtsauen je Haltung	4	10	+ 150

Aus den wenigen Zahlen der vorstehenden Tabelle wird sichtbar, wie sehr sich während

1) siehe in dieser Zeitschrift 1972, S. 237 (November/Dezember)

des vergangenen Jahrzehnts die Größenverhältnisse in der schleswig-holsteinischen Schweinehaltung verändert haben. Von den 42 000 landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha LF mit Schweinehaltung des Jahres 1960 blieben innerhalb von elf Jahren nur noch 25 000, das sind 60%, übrig. Die restlichen Betriebe gaben entweder den ganzen landwirtschaftlichen Betrieb auf oder sie verzichteten, im Zuge der Spezialisierung auf andere Betriebszweige, auf die Schweinehaltung. Diejenigen Betriebe jedoch, die die Schweinehaltung beibehielten, haben in derselben Zeit ihre Bestände auf weit über das Doppelte aufgestockt, so daß der Gesamtbestand an Schweinen um 39% wuchs.

Unterscheidet man auch bei diesem langjährigen Vergleich zwischen Mastschweine- und Zuchtsauenhaltung, so wird in der Zuchtsauenhaltung eine noch etwas stärkere Konzentration sichtbar als in der Schweinemast. Von 1960 bis 1971 stiegen die durchschnittliche Bestandsgröße in der Mastschweinehaltung von 20 auf 49 und in der Zuchtsauenhaltung von 4 auf 10 Tiere je Betrieb.

Bei Betrachtung der geschilderten heftigen Strukturentwicklung während der letzten elf Jahre drängt sich die Frage auf nach der

zukünftigen Entwicklung. Wird sich die Veränderung in gleichem Maße oder noch verstärkt fortsetzen? Diese Frage kann nicht mit konkreten Zahlen beantwortet werden. Die Entwicklung in der Schweinehaltung wird zweifellos auch im folgenden Jahrzehnt in ähnlicher Weise verlaufen, wie bisher. Von Einfluß werden besonders die Entwicklung der Schlachtschweinepreise und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sein. Diese wiederum sind nicht vorherzusagen und damit auch nicht deren Einflüsse auf die Struktur der Schweinehaltung. Mit Sicherheit wird jedoch der technische Fortschritt in der Zuchtsauen- und Mastschweinehaltung auch zukünftig größere Bestände ermöglichen und sogar erfordern; das heißt, wenn nicht die Schweinefleischproduktion im Lande erheblich gesteigert werden kann, müssen wieder sehr viele Betriebe, die heute noch Schweine halten, diesen Betriebszweig aufgeben, um anderen den Aufbau größerer Bestände und damit rationellere Haltungsformen zu ermöglichen.

Dr. Matthias Sievers

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C/Landwirtschaftszählung 1971 - 2 enthalten. Vergleiche auch: "Viehhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben (Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971)" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 501 (September)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

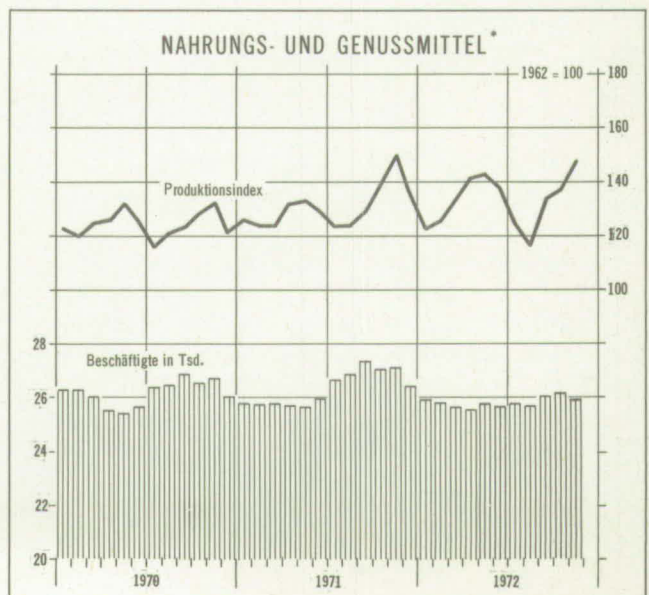
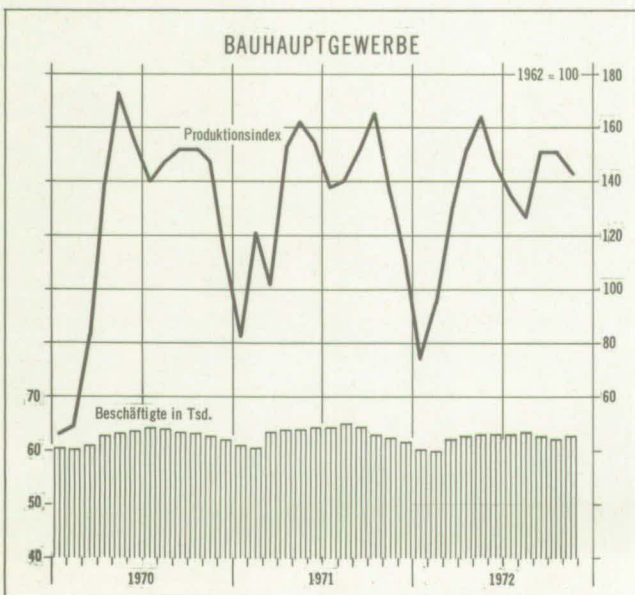
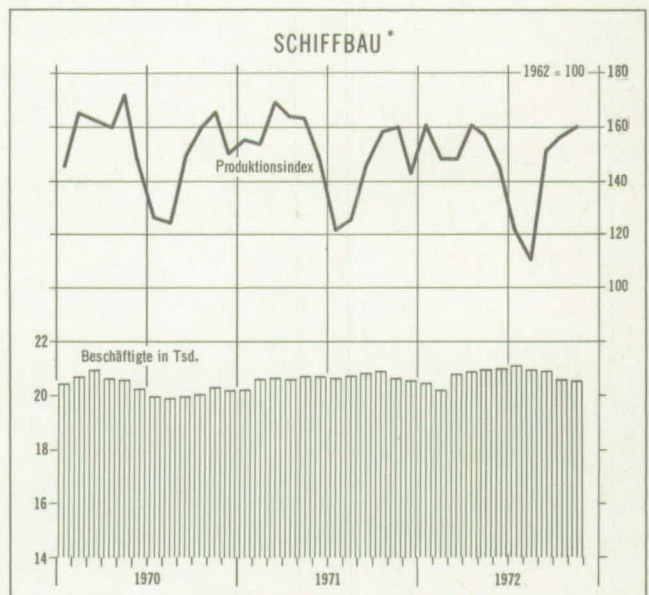
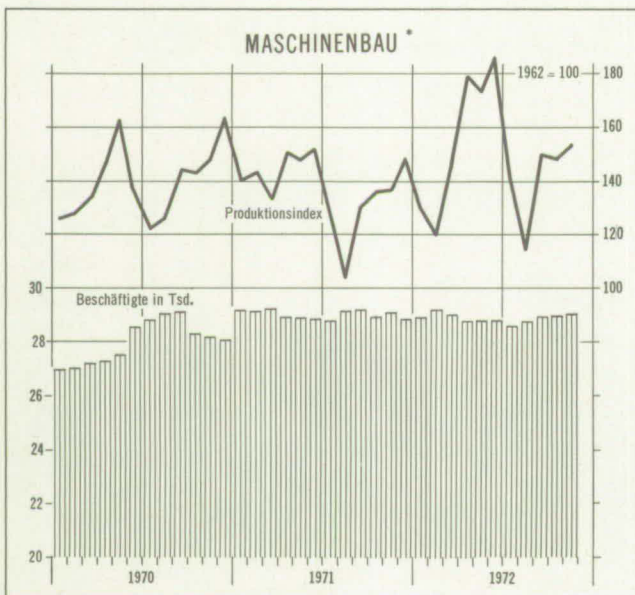
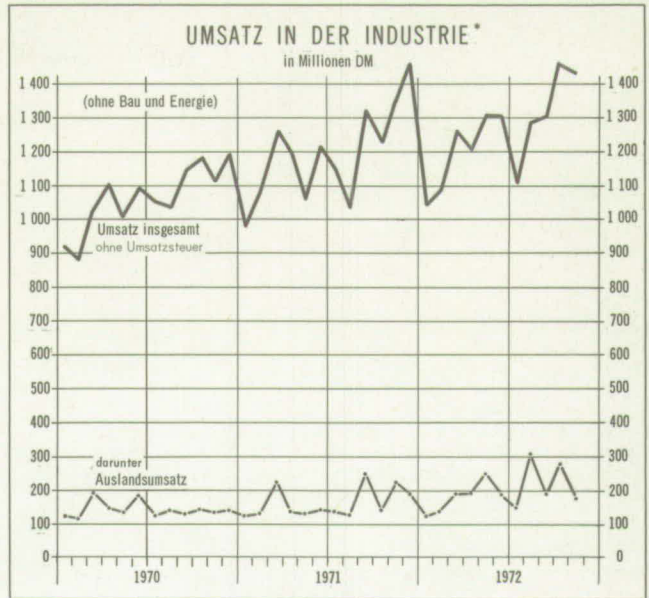
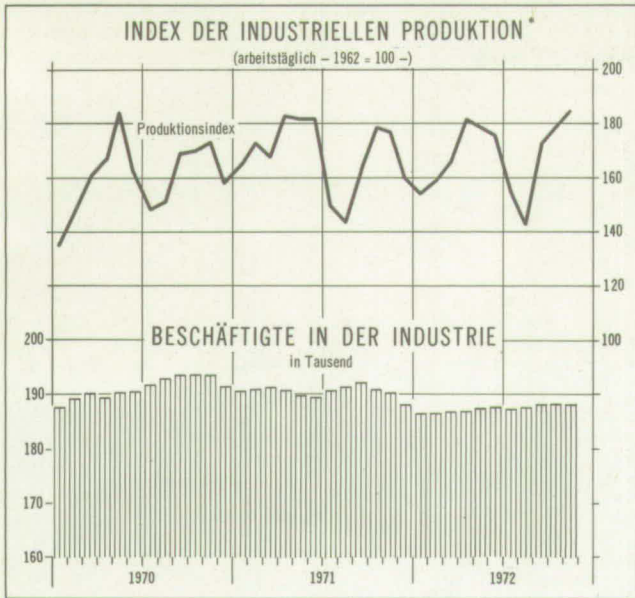
0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

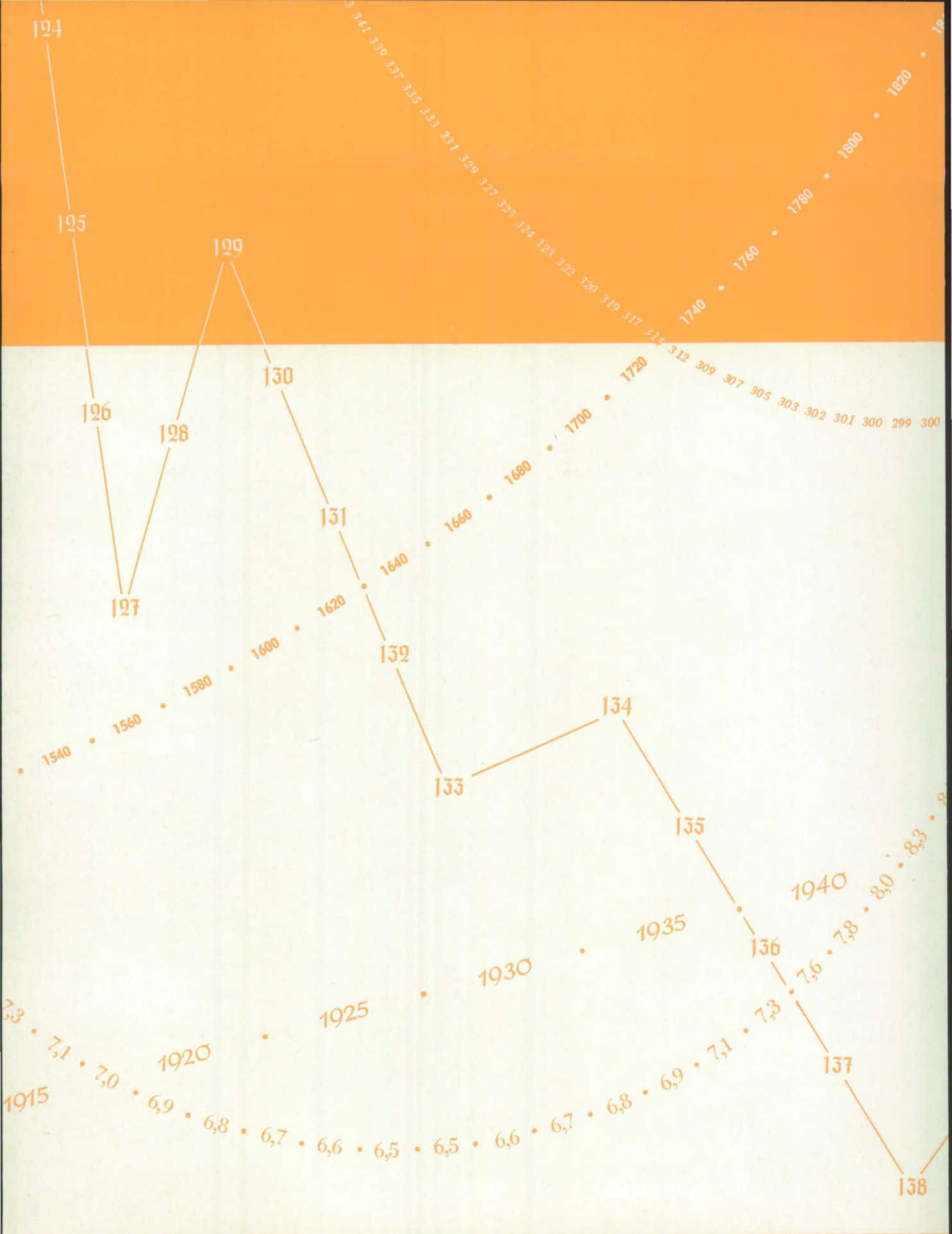
... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen